

174 // April/Mai 2013

Krawall und Remmidemmi in bunten Bildern

Support your local Autonomedia

Moin, Moin ihr Lieben,

der lange Winter scheint endlich vorbei zu sein und mit den ersten Sonnenstrahlen erwacht auch die linke Szene aus ihrem Pausenmodus. Die Anti-IBA-Demo in Wilhelmsburg hat uns gut gefallen und am 06.04. setzten über 3000 Menschen ein deutliches Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung.

Wir hoffen das ihr gut gelaunt und aktiv in den Mai startet, zumindestens unsere nachtaktive Fraktion ist schon ganz rührig, wie ihr an den zahlreichen Dokus sehen könnt, die wir bekommen haben.

In Griechenland wurde dem alternativen Informationsnetz Indymedia von der Leitung der Nationalen Technischen Universität Athen ("Polytechnio") der Zugang zum Internet gekappt und der Auftritt von indymedia athen nebst der Radiostation "98fm radio" außer Betrieb gesetzt. Die Betreiber der Plattform publizierten nach der Trennung vom Internet eine Bekanntmachung, die wir im folgenden gekürzt wiedergeben:

„Die Zensur in der Epoche der Junta, der Memoranden und des Kapitalismus ... Sie wird es nicht schaffen, die Kontra-Information zu unterdrücken! Die Geschichte ist alt .... Die Versuche der Zensur und Unterdrückung ebenfalls .... Beginnend von Anfragen Faschistoider im Pfuhl des Parlaments, über Drohungen und außergerichtliche Schreiben des OTE (im Besitz der Telekom anm. der Red.)... manchmal offen unterdrückend und manchmal tückisch und unterirdisch mit Stromunterbrechungen an den Wochenenden und vor bedeutenden Aktionen .... All die Jahre seit 2008 bis heute haben sie nicht geschafft UND WERDEN AUCH JETZT NICHT SCHAFFEN, athens.indymedia zu schließen. [...]Heute ist also das Bedürfnis des Staates offensichtlicher denn je, seine Zähne zu zeigen, jede Form des Kampfes und des Widerstands zu unterdrücken (von der Unterdrückung der Arbeitskämpfe, der lokalen Umweltaktionen, der besetzten selbstverwalteten Lokalitäten), alles zu zensieren, was sich nicht seinen Gelüsten unterwirft oder die soziale Erniedrigung öffentlich macht, die wir alle heute durchleben, mit dem Ziel der Versklavung einer ganzen Gesellschaft. Heute ist es für die Macht, die Herrscher, die Regierungs- und sonstigen Sprachrohre der Troika und der Memoranden erforderlicher denn je, dass die düstere Stimmung der Regime- und Regierungspropaganda vorherrscht, so wie sie von den Fernsehkanälen, der Presse und den Radiostationen des Regimes zum Ausdruck gebracht wird. Heute ist es für den Staat mehr als erforderlich, dass jede freie Äußerung, jede freie Verbreitung radikaler und subversiver Ideen in der Hoffnung geknebelt wird, dem Widerstand all jener Einhalt zu bieten, die sich nicht stillschweigend dem Schicksal ergeben, das sie ihnen bereithalten. [...] Die Gegeninformation lösst sich nicht knebeln, nicht zensieren und nicht unterdrücken! Die Gesellschafts- und Klassenkämpfe werden nicht von verkauften kleinen Beamten und Unterdrückungsmechanismen zum Stillstand gebracht!" Das Betreiber-Team von athens.indymedia.org

Wir senden solidarische Grüße und vergesst nicht:::
Wir alle sind die Gegenöffentlichkeit!

Kohle, Texte, Schokolade: bis zum 20. Juni an unser Postfach.

Mit sonnigen Grüßen eure
Zeckist@s

Inhalt | **Seite**

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Kurzes

Polizei greift Volxküche im Schanzenpark an!

Am Freitag, den 12.April um 19 Uhr, fanden sich 25-30 Menschen am Mövenpig-Hotel im Schanzenpark ein, um bei heißer Suppe, Musik und Lagerfeuer das Wochenende einzuleiten. Diese Vokūs finden bereits seit 2007 regelmäßig einmal im Monat statt.
Nachdem sich in den letzten Monaten die immer anwesenden Streifenbeamt_innen und Bereitschaftspolizist_innen relativ zurückhielten, brachten die diesmal vor Ort befindlichen Polizeikräfte die Situation zum eskalieren. Plötzlich und ohne wahrnehmbare Vorwarnung begannen die Polizeibeamt_innen damit, die Teilnehmer_innen der Volxküche anzugreifen, indem sie gezielt Menschen über Tische, Bänke und auf den Boden abgestellte Gegenstände bis auf wenige Zentimeter in die Richtung des ca. 1,5 Meter hohen Lagerfeuers stießen. Gleichzeitig schlugen die Beamt_innen mit Fäusten und Schlagstöcken auf die Menschen ein. Durch den zusätzlichen, massiven Einsatz von Pfefferspray wurden mindestens vier Menschen verletzt. Eine Person so schwer, dass sie mit dem RTW ins Krankenhaus transportiert werden musste.
Der Hintergrund: Im Rahmen der Gentrifizierung des Schanzenviertels wurde im Jahre 2005, unter über zwei Jahre andauernden massiven Polizeischutz damit begonnen, den ehemaligen Wasserturm im Schanzenpark zum 4 Sterne Luxushotel umzubauen. Von Anfang an gab es breiten, vielfältigen Widerstand gegen das Hotel. Außerdem entwickelte sich eine breite Bewegung gegen die Privatisierung öffentlicher Räume sowie Vertreibung und Repression.
Nach der heimlichen Hoteleröffnung im Juni 2007 gab und gibt es weiterhin Proteste und Aktionen am Hotel sowie im Schanzenpark. Eine Aktionsform ist zum Beispiel die monatliche Volxküche, die in regelmäßigen Abständen zwar in Sichtweite des Hotels, jedoch im öffentlichen Raum stattfindet. Vom Beginn an wurde von Seiten der zuständigen Behörden aus durch Zwangsmaßnahmen seitens der Polizei wie auch durch das Einleiten von Ermittlungsverfahren versucht, den Widerstand zu kriminalisieren und damit zu verhindern.
Auch die Situation im Schanzenpark zeigt, dass sämtliche Ermittlungsbehörden all zu gern bereit sind, die Interessen von Privatunternehmen mit Gewalt durchzusetzen. Zwar konnten trotz des vielfältigen, anhaltenden Widerstands die Zerstörung des ehemaligen Wasserturms, der Umbau in ein Hotel und die damit geringfügige Aufwertung des Schanzenviertels nicht verhindert werden. Aber der ursprüngliche Plan, zusätzlich den öffentlichen Raum, in diesem Fall eine gesamte öffentliche Grünanlage aufzumotzen und zu privatisieren, konnte bis heute von den Betreiber_innen des Mövenpig-Hotels nicht umgesetzt werden.
Wir werden uns auch weiterhin den öffentlichen Raum nicht nehmen lassen. Es werden auch weiterhin Aktionen und Volxküchen stattfinden. Achtet auf Ankündigungen.
Gegen Repression und Kriminalisierung!
Fight Gentrification!



* * * * * * * * * * *

Enough is enough: in neuem Gewand wieder da!

Wir möchten ab heute alle AntifaschistInnen auf www.enoughisenough.eu willkommen heissen.
Nach vielen Jahren und etlichen fehlgeschlagenen Versuchen haben wir uns aufgemacht, die Tradition der antifaschistischen Zeitschrift Enough is enough wiederzubeleben. Wir sind überzeugt davon, dass eine zentrale Informationsplattform für antirassistische und antifaschistische Politik in Schleswig-Holstein wichtig ist und Interesse finden wird. Wir haben uns entschlossen, das Projekt als Web-Seite anzugehen, da die Voraussetzungen für die Herausgabe einer Zeitschrift unserer Einschätzung nach nicht mehr gegeben sind. Das Internet bietet für nicht kommerzielle Projekte heute große Möglichkeiten. Wir hoffen, dass es uns gelingt, mit dieser Internetseite an die Qualität der Zeitschrift Enough is enough anzuknüpfen und gleichzeitig schnell und aktuell Informationen bereitzustellen. Wir bitten allerdings um Verständnis, wenn uns dies Anfangs nicht immer so gelingt, wie wir das hoffen – unser technisches Verständnis rennt immer noch den realen Bedingungen des Web 2.0 hinterher.
Wir treten ganz bewusst in die Fußstapfen der "Enough is enough", die von 1997 bis 2006 als Zeitschrift in Schleswig-Holstein und Hamburg verbreitet wurde. Einige von uns haben bereits an der damaligen Papierausgabe mitgearbeitet. Bei Wikipedia kann man hierzu nachlesen: „Die Enough is Enough diente als Zeitschrift für ganz Schleswig-Holstein und Hamburg. Sie berichtete mit regionalem Bezug über Ideologie, Organisation und Aktivitäten der extremen Rechten, rassistische und antisemitische Entwicklungen und stellt Gegenaktivitäten für eine Gesellschaft frei von gesellschaftlichen und gesetzlichen Diskriminierungen vor. Hierzu gehören auch Berichte über Wahrnehmung der Bürger- und allgemeinen demokratischen Rechte. Die Zielgruppen waren in erster Linie politisch Interessierte, Studierende und Wissenschaftler. Das Redaktionskollektiv der Enough is Enough gab 2001 zusammen mit dem Searchlight Magazine, dem Antifaschistischen Infoblatt und der „reihe antifaschistischer texte hamburg" (rat) aus dem Unrast Verlag das Buch „White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour - Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene" heraus." Mit unserem Web-Projekt wollen wir genau an diese Tradition wieder anknüpfen. Dies ist sicher nicht ganz einfach; immerhin existiert die antifaschistische Bewegung, aus der die EiE entstanden ist, nicht mehr. Das Bewegungshoch, aus dem nicht nur die EiE, sondern auch viele andere antifaschistische Projekte hervorgegangen sind, ist abgeflaut. Etliche Projekte, wie das Antifaschistische Infoblatt, der Rechte Rand oder die Lotta – antifaschistische Zeitschrift für NRW haben den Übergang geschafft und arbeiten heute sehr gut vernetzt weiter. Andere Projekte, Gruppen und Initiativen waren nicht in der Lage, diesen Wandel zu überstehen. Andererseits ist eine Vielzahl neuer Projekte entstanden, die uns Mut machen, hier einen Neustart zu wagen. Ihr findet nun erst mal eine kleine Anzahl an Artikeln und Verweisen.
Wir werden versuchen, regelmäßig, jedenfalls aber einmal im Monat, neue Artikel einzustellen. Viele aktive AntifaschistInnen haben Interesse bekundet, Artikel für das neue Projekt zu schreiben, wollen aber zunächst den tatsächlichen Start des Projekts und das Online-Stellen der Seite abwarten.
Wir haben mit der Seite den Anspruch, uns nicht auf flüchtige Kurzmeldungen zu beschränken, sondern gut recherchierte Artikel zu schreiben. Wir wollen auch versuchen, die wesentlichen politischen Diskussionen innerhalb der antirassistischen und antifaschistischen Bewegung Norddeutschlands darzustellen.
Wer sich im Einzelfall oder regelmäßig mit Artikeln hier beteiligen will, kann diese gerne (bitte mit Quellennachweisen etc.) an die Emailadresse der Redaktion redaktion@enoughisenough.eu schicken.

Mit antifaschistischen Grüßen.
das Redaktionskollektiv

Ankündigungen

Jetzt reichts: ¡deserta! verweigern/widersetzen/revoltieren

"¡Deserta! Desertiere!" flüstert es in den Straßen, schallt es aus den Fluren der Büros und Behörden, scheppert es aus den Lautsprechern der Fabriken und Denkmaschinen. Verweigere dich, bleibe fern, bleib zuhause, bleib stehen. Der BUKO 35, der vom 9.-12. Mai in München stattfindet, lädt ein zum kollektiven Entfernen, Entgleisen und Haltmachen.
Im "Zentrum des rasenden Stillstands" (Goldene Zitronen) halten wir inne und fragen: Wo geht's lang und vor allem, wo geht's raus? ¡Deserta! Im engeren Sinne bedeutet "Desertion" das Fernbleiben eines oder einer Soldat_in von den jeweiligen militärischen Pflichten, das überall auf der Welt mit einer Freiheitsstrafe und oft sogar mit dem Tod geahndet wird. Auch wenn die Abhängigkeitsverhältnisse, in denen die meisten von uns sich befinden, nicht mit dem klassischen militärischen Konzept von Gehorsamkeit und Dienen übereinstimmen, rufen wir dennoch im übertragenen Sinne zum kollektiven Desertieren auf. Wie sehen die Machtstrukturen und -systeme aus, die diese gewaltvollen Verhältnisse und Beziehungen täglich produzieren? Wo finden wir Gehorsam und Zwänge im eigenen Denken und Handeln: Wo setze ich mich in Konkurrenz, wie sichere ich Privilegien, wo profitiere ich von bestimmten Verhältnissen und wo gibt es Möglichkeiten, mich zu verweigern?
Nicht-mehr-Mitmachen-Wollen heißt für uns auch: Etwas-anderes-wollen. Wie aber konkrete Alternativen entwickeln angesichts multipler Krisen, globalisierter Ausbeutungsverhältnisse, kriegerischer Normalzustände, scheinbar unangreifbarer Herrschaftsgeflechte? Dabei sind Herrschaftsformen äußerst perfide, weil sie sich nicht nur über Zwang und Gewalt herstellen, sondern auch über Konsens und Verinnerlichung. "Geschlecht wird gemacht!", rufen Feminist_innen, queere Aktivist_innen, Transgender* und zeigen, welche brutalen Auswirkungen das Genderregime täglich hat. "Rassismus wird gelebt!", rufen antirassistische Aktivist_innen und zeigen, wie allgegenwärtig Diskriminierungen aufgrund von Hautfarbe, nationaler und sozialer Zugehörigkeit sind. Wir fragen: Wie kann Subjektivität jenseits dieser hierarchischen Kategorien von race/class/gender gelebt werden?
Kommen wir zum nicht weniger problematischen "Großen Ganzen": Es gibt neue Kriege, wie die in Mali oder Syrien. Vor allem in den Ländern des globalen Südens sind Landgrabbing und Ressourcenraub weiter an der Tagesordnung, während quer durch alle Länder und Kontinente die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter aufgeht. Gleichzeitig nehmen als Reaktion auf die Krise Abschottungs- und Nationalisierungstendenzen zu, wie das Erstarken neofaschistischer Gruppierungen in Polen oder im krisengeschüttelten Griechenland zeigen. Zugleich treibt die EU-Troika mit ihrem Diktat aus Sparen & Strafen immer mehr Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Es bleibt festzuhalten, dass trotz vielfältiger Proteste und Widerstände keine grundsätzliche Verschiebung der neoliberalen Hegemonie in Sicht ist.
Nicht-mehr-Mitmachen und gleichzeitig auf ein besseres Leben verweisen - das tun weltweit Menschen und Bewegungen unter den schwierigsten Bedingungen: "J'en ai marre!" (Mir reicht's), lautete der Slogan der Basisbewegungen im Senegal. "Nem tetszik a rendszer" (Das System gefällt mir nicht), singt die Ungarin Dorottya Karsay und lieferte damit 2011 den Protestsong gegen die Entdemokratisierung in ihrem Land unter dem Rechtspopulisten Viktor Orbán. Im Dezember 2012 läuteten etwa 40.000 Zapatist_innen in Chiapas mit einem Schweigemarsch eine beeindruckende Offensive ein. "Habt ihr das gehört? Es ist der Klang ihrer Welt, die zusammenbricht", lautet die Losung zum Schweigemarsch. Es ist eine Erneuerung ihres berühmten "Ya Basta", eine Haltung, die sich bei den Zapatist_innen stets verbindet mit der Verweigerung einer Politik von reformorientierten Kompromissen.
¡Deserta! Wir fassen das unerlaubte Wegbleiben von der Truppe weiter und fragen, wo wir uns im Alltag verweigern können. Wie kann sich aus der zunächst individuellen Haltung des "Ohne mich" eine kollektive Protestbewegung entfalten? Mit uns ist kein Staat zu machen, keine Fahne zu halten, kein Krieg zu führen, keine Grenze zu sichern, kein Innen und Außen zu definieren. In dem Sinne laden wir zum BUKO 35 ein, um altes Terrain zu verlassen und neues Terrain zu ertasten.

BUKO35: Antimilitarismus, Antirassismus, Ressourcenkämpfe Internationalistischer Kongress vom 9.-12. Mai 2013 in München

* * * * * * * * * * *

Nicht lang fackeln in Demmin

Am 8. Mai 2013 will die Neonaziszene Mecklenburg Vorpommerns zum siebten Mal in Demmin aufmarschieren. Wieder einmal wollen sie ihre Sichtweise der Geschichte propagieren, einen deutschen Opfermythos konstruieren und diesen ins Zentrum des Gedenkens an die Kapitulation Deutschlands vor 68 Jahren rücken. Einmal mehr wollen sie so versuchen, die Geschichte zu relativieren und ihre menschenverachtende Propaganda auf die Straße zu bringen.

Nischt zu flennen!
Für uns gibt es keinen Grund am 8. Mai den Kopf hängen zu lassen. Im Gegenteil, gerade historisch bedeutsame Daten wie der Tag der Kapitulation Nazideutschlands und geschichtlich markante Vorgänge wie der Massensuizid von Demmin sind es, die uns dazu veranlassen eine klare antifaschistische Deutung der Geschichte einzufordern. Wir wollen, dass die Schuldigen von Vernichtungskrieg und Massenmord klar benannt und an die Opfer deutschen Wahns erinnert wird. Wir verwehren uns gegen eine Täter-Opfer-Umkehr, wie sie die Neonazis stets propagieren und verweigern uns der Geschichtsvergesslichkeit, die den eliminatorischen Antisemitismus, den fanatischen antislavischen Rassismus und den mörderischen Eroberungswahn Deutschlands als Grund für den Zweiten Weltkrieg verschweigt. Genauso geben wir uns unversöhnlich mit den vom Protagonist_innen aus Medien und Politik angeschobenen Versuchen, die Schuld am Nationalsozialismus und seinen Greulen einigen Wenigen zu zuschieben und die Mitschuld weiter Teile der Deutschen am Nationalsozialismus zu unterschlagen. Die Zeitzeug_innen, die Erinnerung wach halten können, werden weniger. Damit steigt gleichzeitig die Chance der GeschichtsrevisionistInnen auf Erfolg ihres Vorhabens. Unser Widerstand gegen die Verfälscher der Geschichte auf der Straße ist ein Teil des Widerstands gegen die Umschreibung der deutschen Geschichte zu Gunsten eines nationalsozialistischen Weltbildes oder einer angeblich geläuterten Nation!

Zur Party? Zur Party!
Wir werden den Neonaziaufmarsch in Demmin stören und nach Möglichkeit sogar blockieren. Damit leisten wir am 8. Mai unseren praktischen Beitrag gegen die geschichtsrevisionistischen Lügen der Neonazis und versuchen ihrer Szene im MV einen weiteren Schlag zu versetzen, der sie ins Taumeln bringt. Dabei werden wir nicht vergessen, dass die Neonazis nur die sind,

die ihre Geschichtsvergessenheit am radikalsten formulieren. Wir werden uns lautstark gegen die Reinwaschung deutscher Geschichte und die damit verbundene Legitimation neuer deutsche Großmachtsbestrebungen wenden.

Auf nach Demmin, GeschichtsrevisionistInnen stoppen!

Садитесь пожалуйста!

aus dem Aufruf einiger antifaschistischer Gruppen zum 8. Mai

* * * * * * * * * * *

BLOCKUPY FRANKFURT! 31. Mai: Massenblockaden und Aktionen des Zivilen Ungehorsams

Gegen die Krisen- und Verarmungspolitik der Troika mit ihren dramatische Folgen setzen wir mit Blockupy ein Zeichen internationaler Solidarität. Der Schritt vom öffentlichen Protest zum Zivilen Ungehorsam ist jetzt nötig. Unser Aktionsziel am 31. Mai ist es, den üblichen Geschäftsablauf der EZB sowie anderer Akteure des Krisenregimes öffentlich sichtbar zu stören.

Die Blockade der EZB:
Am Freitagmorgen werden wir uns mit mehreren Tausend Menschen aus verschiedenen Spektren und Protestkulturen auf den Weg ins Bankenviertel machen – als Demonstration und durch „Einsickern" von Bezugsgruppen. Gemeinsames Ziel ist es, die EZB so effektiv wie möglich zu blockieren.
Unsere Aktionsform sind angekündigte Massenblockaden, die aus Menschen bestehen werden. Mit Sitz- und Stehblockaden werden wir alle Korridore zum Eurotower dicht machen. Wenn uns die Polizei – wie im letzten Jahr – Gitter und Zäune in den Weg stellt und die EZB dadurch faktisch abriegelt, werden wir diese Absperrungen in unsere Blockaden einbeziehen. Mit kreativen Hilfsmitteln wie Großpuppen oder Absperrbändern, mit Transparenten, klassischen Sitzblockaden, Trommeln oder Straßentheater werden wir die EZB und alles, für was sie steht, „einsperren".

Proteste Gegen die Krisenakteure und Profiteure:
Wenn die EZB blockiert ist, werden wir am späten Vormittag einige exemplarische Profiteure der Krise mit Flashmobs und bunten Aktionen aufsuchen. Die Deutsche Bank, die Textilgeschäfte der Zeil, die Immobilienwirtschaft und der „Deportation Airport" stehen für die herrschende Politik des globalen Hungers, für die Ausbeutung der Menschen und Naturressourcen und für unseren Alltag des Kapitalismus – Niedriglohn-Arbeit, soziale Aus grenzung, drükkende Wohnungsnot und eine rassistische Abschiebepolitik.
Mehr Informationen findet ihr in unserem Aktionsbildl und Aktionskonsens

Was Wir dieses Jahr anders machen wollen: Unsere Aktionen sollen flexibler, unsere Kommunikation besser werden, dazu wird u.a. Vielzahl von Informationspunkten sowie ein Camp als gemeinsamer Schlafplatz und Ort für Versammlungen beitragen. Die Aktionen des zivilen Ungehorsams werden wir auf einen Tag konzentrieren.
Mit vielfältigen Aktionsformen wollen wir am 31.5. Frankfurt in eine bunte und laute Stadt des Protests verwandeln. Wir laden Euch ein: Bringt Eure Erfahrungen und Kreativität ein in die Vorbereitung und Umsetzung dieses Aktionsbilds, bildet Bezugsgruppen, ladet zu Aktionstrainings ein und macht Blockupy in Euren Netzwerken und Gruppen jetzt bekannt!



* * * * * * * * * * *

Neuer Camp-Termin steht fest: Auf zum WarStartsHere-Camp 2013!

Vom 21. bis 29. Juli werden wir gemeinsam antimilitaristisch campen, diskutieren und Aktionen starten.
Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in der Altmark ist der modernste Militär-Übungsplatz Europas. Hier wird jetzt mit "Schnöggersburg" eine Übungsstadt gebaut, in der Bundeswehr und NATO-Armeen für weltweite Kriege und Aufstandsbekämpfung im urbanen Raum trainieren.
Lasst uns an die Diskussionen und erfolgreichen Aktionen vom letzten Jahr anknüpfen:
Krieg beginnt hier, und kann hier aufgehalten werden!
21.-29.07.13 - Altmark

* * * * * * * * * * *

NoBorderCamp 2013 - 02.-10. August in Rotterdam

Viele Migranten in den Niederlanden haben sich an Protestaktionen beteiligt, in einer Weise, wie es das vorher in den Niederlanden noch nicht gegeben hatte. Menschen aus verschiedenen Nationalitäten und Hintergründe leisten offenen Widerstand gegen die aktuelle Migrationspolitik.
Menschen ohne Papiere, die nicht berechtigt sind, in den Niederlanden bleiben, wollen diese Tatsache nicht länger akzeptieren, dass ihr Kampf für eine menschenwürdige Existenz nicht länger ungesehen bleibt. Es gab verschiedene Zeltlager, im Moment stehen noch die in der Vluchtkerk in Amsterdam und dem Vluchthuis in Den Haag.
Angesichts dieser Situation ist ein NoBorderCamp die richtige politische Entscheidung. Wir wollen auf die Probleme der Migranten aufmerksam machen. Es ist offensichtlich, dass die Regierung sich nur für politische Spielen interessiert., politische Macht ist wichtiger als das Schicksal der Menschen ohne die "richtigen" Papiere.
Das NoBorderCamp 2013 hat mehrere Ziele. Wir wollen in dieser Woche mit Workshops und Aktionen, auf die Probleme von Migranten hinweisen und ihren Protest

sowohl visuell und laut so hörbar zu machen, dass die niederländische Gesellschaft nicht länger so tun kann, als ob sie nichts mitbekommt: Menschen auf die Straße kikken ohne Geld, Nahrung und Schutz.
Wir unterstützen den Aufstand der Migranten gegen die aktuelle Migrationspolitik. Gleichzeitig wollen wir die Aufmerksamkeit auf den Kapitalismus konzentrieren. Er ist die Hauptursache , für den Kampf- um Öl oder Ressourcen, und verantwortlich für den Klimawandel. Kein Mensch flieht freiwillig. In unserer Gesellschaft gibt es keinen Platz für Menschen, die verzweifelt nach einer besseren Zukunft suchen!
Wir, die No Border-Aktivisten stehen für die Freiheit der Bewegung und der Abschaffung der Grenzen und Staaten. Durch Workshops und Diskussion während des NoBorderCamp wollen wir andere Menschen für diesen Kampf gewinnen.
Dann startet im August das Lovis-Boot Projekt «Stimmen aus der Grenzen», welches Rotterdam Anfang August verlässt und verschiedene Häfen im Mittelmeer anlaufen wird, um auf die Probleme von Migranten aufmerksam zu machen.
Die NoBorderCamps existieren seit 1999 an markanten Orten in Europa (Grenz-und Hafenbereiche) Letztes Jahr gab es Camps in Stockholm und Köln.
Für weitere Informationen, und und spenden: info@no-border.nl . Ithaka 4253090 in Utrecht, No Border Camp Betreff Jahr 2013.

* * * * * * * * * * *

No-IMK in Hannover

Die IMK: Zweimal im Jahr treffen sich die Innenminister_innen I aus Bund und Ländern, um ihre Interessen aufeinander abzustimmen und neue Strategien auszuarbeiten – ihren Einflussbereich zu erweitern. Den Vorsitz der diesjährigen Innenministerkonferenz (IMK) hat Niedersachsen. Vom 22. Mai bis 24. Mai 2013 findet das erste Treffen in Hannover statt. Noch unter dem niedersächsischen Ex-Innenminister Schünemann wurden einige Themen veröffentlicht, die Gegenstand des Treffens sein sollen: die Ausarbeitung einer nationalen Anti-Terrorstrategie (NATS), Cybercrime und Gewalt gegen Polizist_innen. In der Vergangenheit haben die Innenminister_innen vor allem dafür gesorgt, den Zugriff des Staates auf die Individuen zu erweitern und persönliche und kollektive Freiheiten immer weiter einzuschränken. Die Beispiele Vorratsdatenspeicherung, Kameraüberwachung des öffentlichen Raums, rassistische Sondergesetze, Bundeswehreinsätze im Inneren, Einschränkungen des Versammlungsrechts sind nur die Spitze des Eisberges.

No IMK – Gegen ihre Sicherheit: Am Samstag, den 18. Mai 2013, laden wir euch nach Hannover ein, um mit uns gegen die bevorstehende IMK zu demonstrieren! Kommt um 15 Uhr zur überregionalen Demonstration zum Hauptbahnhof Hannover! Um 19 Uhr wollen wir mit euch im Stadtteil Linden raven, wo seit kurzem ein privater Sicherheitsdienst eingesetzt wird, um gegen Menschen vorzugehen, die das Bild einer netten Einkaufsstraße stören.
Die Zeit zwischen Demo und Rave wollen wir nutzen,, um zusammen mobil und aktiv verschiedene Orte der Repression aufzusuchen. Ihr seid eingeladen, euch den vorbereiteten Aktionen anzuschließen, genauso aber, als Bezugsgruppen eigene umzusetzen. Kommt, um unseren Protest gegen ihre Sicherheit und all das, worin sie Ausdruck findet, auf die Straße zu tragen!

* * * * * * * * * * *

e*camp – gegen kapitalismus und sein geschlechterverhältnis

Emanzipation: Die Befreiung aus Abhängigkeiten. (Selbst-)Ermächtigung. Der Zugewinn an Selbständigkeit und Handlungsmöglichkeiten. Die Überwindung von Herrschaft.
Warum gibt es überhaupt "Geschlecht"? Wo entstelht die Einteilung in "Mann" und "Frau"? Eher in alltäglichen Handlungen oder in gesellschaftichen Strukturen – und sind diese voneinander trennbar?
Warum besteht soziale Ungleichheit zwischen verschiedenen Geschlechtern? Wie schafft es dieses Geschlechterverhältnis, so lange zu überdauern, und wie wichtig ist es für das Fortbestehen des Kapitalismus? In welchem Verhältnis steht die Emanzipation „der Frau" zur allgemein menschlichen Emanzipation?
Uns interessiert, was Wert mit Hausarbeit, Identität mit Herrschaft, Queer Theory mit Feminismus, Marx mit Butler und was Geschlecht mit uns zu tun hat.
Welche Überlegungen gab es dazu schon, welche gibt es heute? Welche praktischen Veränderungsmöglichkeiten sehen wir – und wie radikal sind diese?
Wenn ihr gemeinsam mit uns Antworten auf diese und andere Fragen finden wollt, kommt zum e*camp: Vorträge, Workshops, Diskussionen, auf der Wiese rumhängen, Open Space, Ruhe haben, essen, Sonne genießen, Plena, sich organisieren, austauschen, dazulernen, tanzen, lesen, grimmig gucken oder auch nichts von alledem.
Eure Partizipation, das Einbringen von eigenen Ideen und der wertschätzende Umgang miteinander sind genauso wichtig wie das bereits vorhandene Programm.
Wir wollen der alltäglichen Praxis von Diskriminierung, Grenzüberschreitung und Gewalt gemeinsam einen möglichst sicheren Raum entgegensetzen. Aus diesem Grund legen wir großen Wert auf einen rücksichtsvollen und sensiblen Umgang miteinander, sowie auf eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme.
e*camp - weil wir was tun wollen, aber nicht an einer falschen stelle. weil wir woanders hin wollen, aber nicht in eine falsche richtung.
06.-11. Juni 2013 - Burg Lohra (Thüringen)

* * * * * * * * * * *

Internationales Flüchtlingstribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland 13.- 16.06.2013

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur weniges davon ist in unserem Staat verboten." – Bertolt Brecht

Das Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen organisiert ein internationales Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland vom 13. - 16.06.2013 in Berlin. Die Idee zu diesem Tribunal entstand in 2009 in Jena bei der Konferenz „Vereinigt gegen koloniales Unrecht in Deutschland".
Die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen wird Flüchtlingen und MigrantInnen in Berlin den Raum und die Zeit geben, ihre Klagen gegen die Regierung der Bundesrepublik Deutschland öffentlich zu erheben. Der Regierung wird zur Last gelegt, mitverantwortlich zu sein für die tägliche Generierung von Fluchtursachen, für das Morden an den europäischen Außengrenzen und für das psychische und physische Leid, das Flüchtlinge und MigrantInnen hier in Deutschland tagtäglich erleben.
Es ist geplant, die Klagen und die Beweisführung von drei Gruppen vorzutragen: Von den Opfern und ihren Familien, von FachexpertInnen und von den Selbstorganisa-

tionen der Flüchtlinge und MigantInnen. Die Opfer selbst oder ihre Familienmitglieder werden das persönlich erfahrene Leid erzählen und ihre Geschichten vortragen. Die FachexpertInnen, seien es ÄrztInnen, AnwältInnen oder ProfessorInnen für Soziologie, Recht oder Politik, werden die Praxis der deutschen Politik mit internationalen Vereinbarungen vergleichen und aus ihrer Sicht bewerten. Die Selbstorganisationen der Flüchtlinge und MigrantInnen werden den jahrelangen Kampf der Flüchtlinge und MigrantInnen für ihre Grundrechte darlegen, Bilanz ziehen und politische Perspektiven eröffnen. Ein zentrales Ziel ist es, im Vorfeld des Tribunals und im Vorbereitungsprozess bis dahin eine Dokumentation über die Menschenrechtsverletzungen und das Unrecht an Flüchtlingen und MigrantInnen zu erstellen. Diese Dokumentation kann sowohl einer interessierten Öffentlichkeit als auch Menschenrechtsorganisationen zur Verfügung gestellt werden.

In einer ersten Phase werden lokale Vorbereitungstreffen für das Tribunal organisiert. Ab 2012 werden regelmäßige überregionale Vorbereitungstreffen in Berlin organisiert. Alle sind aufgefordert, sich sowohl aktiv in die inhaltliche als auch in die organisatorische Vorbereitung des Tribunals einzubringen. Speziell werden Künstler und Künstlerinnen gesucht, die die Klagen der Opfer und ihrer Familien durch Musik oder Theaterperformance vortragen könnten. Das Tribunal ist kein traditionelles Gerichtsverfahren. Es ist unser Tribunal und wir bestimmen seine Form. Das Tribunal in Berlin ist auch ein Treffen der unterschiedlichen Flüchtlingsgemeinschaften aus der ganzen Republik. Unsere Präsenz ist ein Zeichen der erfolgreichen Kämpfe gegen die Residenzpflicht, Isolationslager und die Abschiebungen. Jeden Tag, den wir hier trotz der Repressalien und des Ausschlusses Zusammenkünfte organisieren können, ist ein Beweis unserer kontinuierlichen Arbeit und unserer solidarischen Strukturen. Mit diesem Aufruf beginnt bereits heute das Tribunal. Bis Sommer 2013 wollen wir aktiv die Behörden und ihre Beamten, die staatlichen Institutionen und die privaten Konzerne kontrollieren. Wir wollen prüfen, in wieweit sie gegen geltendes oder internationales Recht verstoßen. Manches ist durch kein Gesetz oder Vereinbarung geregelt. Hier aber nehmen wir uns das Recht, mit unserem menschlichem Gefühl und unserer Würde zu urteilen. Das Tribunal soll sowohl einerseits neutral die Fakten darlegen als auch unsere Gefühle zum Ausdruck bringen. Unsere Wut aus der jahrhundertlangen Verletzung unserer Würde und Freiheit und der Vernichtung unserer Länder durch die kolonialen Mächte verleihen wir ebenso Ausdruck wie unserer Liebe und unserer Freude bei unseren Zusammenkünften. Das Tribunal wird ein Ort der Solidarität, in dem wir uns die Hände reichen und das Recht nehmen, die Verbrecher und Profiteure zu verurteilen.
Wir rufen Jede und Jeden auf, sich aktiv zu beteiligen und ihre oder seine Ideen mit in den Vorbereitungsprozess einzubringen. Wir rufen vor allem die Selbstorganisationen der Flüchtlinge und MigrantInnen auf, hier frühzeitig in die Planung und Organisierung einzusteigen. Alle ExpertInnen, die in ihrer täglichen Arbeit Menschenrechtsverletzungen wahrnehmen oder beobachten, bitten wir, uns ihre Erfahrungen und Berichte zukommen zu lassen. Lasst das Tribunal heute schon beginnen und berichtet über eure Erfahrungen.
Ihr könnt uns jederzeit kontaktieren und uns eure Ideen, Anregungen und Wünsche mitteilen.

Berlin: THE VOICE Refugee Forum / KARAWANE für die Rechte der Flüchltinge und MigrantInnen: Haus Bethanien, Südflügel, Mariannenplatz 2, 1099 Berlin, Telefon: 0170 8788124,

Email: the_voice_berlin@emdash.org

Norddeutschland/Hamburg: KARAWANE für die Rechte der Flüchltinge und MigrantInnen, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg, Telefon: 040 43189037,

Email: free2move@nadir.org

Ostdeutschland/Jena: THE VOICE Refugee Forum: Schillergösschen 5, 07745 Jena, Telefon: 0176 24568988, Email: thevoiceforum@emdash.org

* * * * * * * * * * *

20 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen: Kein Vergeben, kein Vergessen! Das Problem heißt Rassismus Bundesweite Demo am Sa. 25.05. 13 Uhr Solingen, Südpark

Am 29. Mai 1993 verübten vier junge Männer einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç. Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç starben in den Flammen bzw. beim Sprung aus dem Fenster, weitere Familienmitglieder wurden teilweise schwer verletzt. Drei Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag mit der Einführung der sogenannten Drittstaatenregelung das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Beide Ereignisse jähren sich im Mai 2013 zum 20. Mal.

„Das Boot ist voll!" – Rassistische Hetze zu Beginn der 1990er Jahre

Die Täter von Solingen kamen nicht aus dem Nichts: Monatelang war in den Medien unter der Parole „Das Boot ist voll!" gegen „Ausländer" gehetzt und von einer „Asylantenflut" halluziniert worden. Bereits seit Beginn der 1980er Jahre hatte die CDU Maßnahmen gegen einen vermeintlichen „Asylmissbrauch" gefordert. Zu Beginn der 1990er Jahre nahm sie den Anstieg der Asylanträge zum Anlass, die Kampagne im wiedervereinigten Deutschland gesellschaftlich zu verankern.
„Deutschland den Deutschen – Ausländer raus!" wurde nicht nur zur Parole der Neonazis: Bei tagelangen pogromartigen Angriffen auf Unterkünfte von Geflüchteten und Migrant_innen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen applaudierten Nachbar_innen dem Brandsätze werfenden Mob, während Polizei und Ordnungsbehörden streckenweise tatenlos zusahen oder erst gar nicht bzw. viel zu spät erschienen.
Anstatt die Opfer zu schützen und sich mit ihnen zu solidarisieren, schoben ihnen die politisch Verantwortlichen nachträglich sogar die (Mit)Schuld an den Anschlägen zu. Frei nach dem Motto, dass Geflüchtete und Migrant_innen durch ihre bloße (provozierende) Anwesenheit Schuld an den Angriffen tragen würden.
Nur wenige Tage nach den Angriffen in Rostock ließ der damalige Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Berndt Seite (CDU), verlauten: „Die Vorfälle der vergangenen Tage machen deutlich, dass eine Ergänzung des Asylrechts dringend erforderlich ist, weil die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Asylanten überfordert wird".

Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen waren keine Einzelfälle. Allein 1992 kam es zu rund 2.000 rassistischen Anschlägen und Übergriffen. 17 Menschen wurden allein in jenem Jahr von Neonazis umgebracht.

Mi. 29.05. 19 Uhr Kundgebung Rathausplatz

19.30 Gedenkdemonstration zum Ort des Brandanschlags

Keine Bühne für Corny Littmann in der Roten Flora

Im Rahmen der Gegenveranstaltung zu den Vattenfall Lesetagen „Lesen ohne Atomstrom" wird am 24. April 2013 in den Räumen der Roten Flora „Die konzertante Rio-Reiser-Lesung" stattfinden. Zu dieser Veranstaltung wurde ein Auftritt von Corny Littmann angekündigt. C.L. spielt in der Gentrifizierung St. Paulis eine entscheidende Rolle, war federführend beteiligt an der Teilprivatisierung des Spielbudenplatzes und der damit einhergehenden Vertreibungspolitik. Aktuell klüngelt er mit der Bayerischen Hausbau GmbH gegen die Initiative zum Erhalt der Esso Häuser.

Die Rote Flora sieht sich seit Jahrzehnten als Teil des Kampfes gegen ebensolche Formen der Umstrukturierung und solidarisiert sich mit AnwohnerInneninitiativen, die sich gegen Gentrifizierung zur Wehr setzen. Von daher: Keine Bühne für C. Littmann in der Roten Flora! Wir freuen uns auf einen gelungenen Abend mit TonSteineScherben und ohne Atomstrom! Weiterhin gilt: Keine Bühne für Corny Littmann in der Roten Flora

Antwort auf den offenen Brief von Corny L.

Wir haben kein Problem mit dem Künstler, sondern mit dem Unternehmer Cornelius Littmann - und wer uns kennt sollte wissen, dass uns seine sexuelle Orientierung herzlich egal ist.

Herr Littmann vergreift sich im Ton. Er reagiert persönlich beleidigt auf einen rein politischen Dissenz. Herr Littmann verfügt über eigene Bühnen und offensichtlich hat er auch keine Schwierigkeiten mit seinen Ansichten und Befindlichkeiten Raum in den Hamburger Medien zu bekommen. Aufgrund seiner geschäftlichen und lokalpolitischen Tätigkeit auf St. Pauli und dem damit auftretenden politischen Widerspruch, wollen wir ihm nicht auch noch unsere Bühne zur Verfügung stellen. Von Mundtotmachen kann also keine Rede sein. Daraus konstruiert er krude und ahistorische Nazianalogien.

Zum eigentlichen Kern: Aufgrund der Teilprivatisierung des Spielbudenplatzes sind z.B. politische Versammlungen nicht auf Basis des Versammlungsgesetzes anmeldbar, sondern von der Gnade der Pächter abhängig. Die Dank Vattenfall(!) auf dem Spielbudenplatz errichteten Bühnen wurden 2007 mit einer Sprinkleranlage ausgestattet. Diese sollte durch regelmäßige Berieselung „randständige Personen" vertreiben. Abgebaut wurde diese baulich automatisierte Vertreibungseinrichtung nicht etwa aufgrund der Einsicht der Betreibergesellschaft oder Herrn Littmanns, sondern aufgrund handfester Empörung der Öffentlichkeit. Mittlerweile erledigen Wachschutzunternehmen diesen Job.

Zu der Kungelei mit der Bayrischen Hausbau: Aufgrund der Intervention von Stadtteilinitiativen hat der FC St. Pauli der Bayrischen Hausbau keine Räumlichkeiten mehr zur Verfügung gestellt. Daraufhin hat C. Littmann dem Investor durch Bereitstellung eines Versammlungsraumes ausgeholfen. Zudem ist C. Littmann mehr als einmal mit konkreten Umgestaltungsvorschlägen der ESSO-Häuser an die Öffentlichkeit getreten. Anders als vielleicht Herrn Littmann auf St. Pauli, in Hamburg und anderswo, ist uns gar nicht danach, "in der Stadt das Sagen zu haben", denn unsere Utopien sind ganz im Gegenteil zu den seinigen die einer selbstbestimmten, emanzipatorischen Gesellschaft.

Plenum der Roten Flora, 10.4.2013



Erklärender Nachschlag zur Littmann-Ausladung

Im Zusammenhang mit unserer Entscheidung, Cornelius Littmann für ein Ton-Steine-Scherben-Konzert mit einer Lesung aus einer Biografie von Rio Reiser keine Bühne in der Roten Flora zu bieten, gab es verschiedentlich Nachfragen an uns. Deswegen wollen wir für ein besseres Verständnis folgendes klarstellen:

Es gab keine Einladung an Littmann, in der Flora aufzutreten, und schon gar nicht, um ihn dann danach öffentlichkeitswirksam wieder auszuladen. Richtig ist hingegen, dass im Oktober 2012 die Anfrage an das Plenum der Roten Flora erfolgt ist, ob eine konzertante Rio-Reiser-Lesung mit u.a. Beteiligung von Jan Plewka und einem „Überraschungsgast" stattfinden könne. Von einem Auftritt Littmanns war bei dieser Anfrage keine Rede. Nach einer projektinternen Debatte wurde schließlich grünes Licht für eine solche Veranstaltung gegeben. Danach gab es zumindest aus Sicht der Roten Flora keinen Anlass, sich mit der inhaltlichen Gestaltung des Abends weiter zu befassen. Erst mit der Bekanntgabe und Veröffentlichung des abschließenden Veranstaltungsprogramms Mitte März tauchte Littmann als Mitwirkender des Flora-Abends auf. Die Mitwirkung von Littmann war uns bis dahin nicht bekannt. Daher fiel nach einer über zwei Wochen geführten projektinternen Debatte die Entscheidung, dass es für uns aus bereits genannten Gründen politisch nicht vertretbar ist, Littmann die Bühne der Roten Flora zu geben.

Wir hoffen, dass wir alle noch offenen Fragen geklärt haben und wollen themenbezogen damit abschließen, zur Teilnahme an der Demonstration vom Südkurvenvorplatz des Millerntorstadions am 28.4. um 15:30 Uhr zu den ESSO-Häusern am Spielbudenplatz aufzurufen.

Plenum der Roten Flora, 24.04.2013

„Deutscher Kontext" im Gesamtkontext der Roten Flora ?

Autonome Zentren wurden in der Bundesrepublik der 80er Jahren einmal mit der Idee besetzt und gegründet, mit ihnen gegen die herrschenden Verhältnisse eine Art Freiraum in der Perspektive der Gegenöffentlichkeit herzustellen: Diese Orte gerade nicht als eine Art Rückzugsraum oder gar als Wärmestube, sondern als ein Ausgangspunkt für Interventionen in das was man glaubt ihn der Gesellschaft mit guten Gründen abzulehnen. Setzt sich denn die Umsetzung der Gründungsansprüche bis in die jüngste Gegenwart fort? Die in der letzten ZECK veröffentliche Erklärung des Plenums der Roten Flora zu einer von ihnen als „Israel-Veranstaltung" bezeichneten Veranstaltung einer israelischen Aktivistin provoziert massive Zweifel an dieser Lesart.

Von einer Aktivistin der Gruppe Anarchist against the Wall" war im letzten Jahr bei der Flora angefragt worden, ob sie eine Veranstaltung unter der Themenstellung "Behind the wall / Was ist hinter der Mauer" durchführen kann. Dabei ist die im Jahre 2003 aus der Taufe gehobene Gruppe in der israelische, palästinensische und internationale Aktivisten zusammenarbeiten kein ganz unbeschriebenes Blatt: Durch ihr riskantes Engagement hatten sie eine Reihe von Schwerverletzen, auch Tote durch israelische Sicherheitskräfte zu beklagen. Für ihr bewunderungswürdiges Engagement für irgend einen Frieden in der Region Israel-Palästina war sie von der Internationalen Liga für Menschenrechte 2008 mit der Carl-von Ossietzky-Medaille ausgezeichnet worden.

Worauf man zuerst keinen Bock hat ...

Das Plenum zeigte sich daran zunächst nicht interessiert. O-Ton Flora: „Zu allererst gab keine Personen, die sich für Moderation und Organisation einer solchen Veranstaltung bereit erklärten. Aus diesem Grund wurde die Organisierung der Veranstaltung vom Plenum ausgelagert und Einzelpersonen überlassen. (...) Das Plenum (...) (war) nicht in der Lage (...), einen Rahmen wie z.B. eine angemessene Moderation sicherzustellen." Nun gut. In selbst organisierten Strukturen ist es immer mal wieder so, wie es gerade ist, man lebt zuweilen von der Hand in den Mund. Doch zum Glück konnte die Veranstaltung mit Ausgelagerten-Moderatoren in den heiligen Hallen der Flora stattfinden. Etwas über 100 Anwesende bekundeten ihr Interesse am Thema. Das ist doch immer erst mal „gut und nicht schlecht", denkt man sich doch da.

... und was man dann plötzlich alles so weiß

Doch diese Interpretation, die aus der Idee direkt egalitär-assoziativer Kommunikation in den sozialen Bewegungen selbst entspringt, rechnet in der Tat nicht mit den gewieften Ordnungspolitkern: Sie sind in diesem Land immer wieder auch an diesem Ort in zunächst schweigend lauernder Beobachtungsposition anzutreffen. Nicht anders lässt sich nun die besagte Stellungnahme des Flora-Plenums zu jener Veranstaltung lesen. Ausgerechnet die zuvor desinteressierten Plenumsfloristen wissen nun von dem ein auf den anderen Moment über den als „katastrophal" behaupteten Ablauf jener Veranstaltung bestens Bescheid: „Dramaturgie einer anti-israelischen Propagandaveranstaltung", „Reproduktion anti israelischer bzw. antisemitischer Ressentiments von Teilen des Publikums"; „ein faktisches Ergebnis der Veranstaltung (war) die Delegitimierung Israels", die Aktivistin aus Israel habe mit den von ihr „angeführten Zahlen, Augenzeugenberichten und Bildern eine Einordnung ihres Berichts in einen Gesamtkontext" vermissen lassen. Kurz und wohl nicht gut: „Veranstaltungen in denen antisemitische Positionen bekräftigt werden, sprich: im „Land der Täter_innen und der Verantwortlichen für Auschwitz" - dürften in der Flora keine „Plattform" mehr erhalten. Mit Bestimmtheit wissen die zuvor desinteressierten Plenumsfloristen jedenfalls nun eines: „Aus alledem ergibt sich abschließend für uns, dass die Veranstaltung, so wie sie gelaufen ist, in der Flora nicht hätte stattfinden dürfen."

„Land der Täter" ?

Diese Wortmodule stammen aus der seit den frühen 90er Jahren wesentlich von ehemaligen Maoisten zusammen geleimten antideutschen Freund-Feind-Rhetorik. Ja völlig richtig: „Deutschland, das Land der Täter", das ist erst mal ein stark klingendes Modul. Wer aber weiter denkt, der wird schnell merken, dass das genauso wahr ist, wie die Aussage, dass das Dritte Reich eben auch das Land der wenigstens 300.000 Opfer in Gestalt von ermordeten reichsdeutschen Juden, Kommunisten, bürgerlichen Demokraten, Schwulen, Sozialdemokraten, Anarchisten, „Asozialen" Geisteskranken und Zeugen Jehovas war. Dreihunderttausend Ermordete mit reichsdeutscher Staatsangehörigkeit durch eben diesen Staat in gerade mal 12 Jahren! Das merkt man sich doch, das bekommt man doch mit! Und wohl nicht wenige haben sich vielleicht auch deswegen dazu entschlossen, zwar nicht auf die „Täter"-Seite aber dann auf die Zuschauertribüne zu wechseln. Insofern ließe sich das Dritte Reich mit Recht auch das Land der Zuschauer nennen. Aber alle diese Subjekte fallen in dem antideutschen Diskurs vielleicht auch deshalb unter den Tisch, weil er wenigstens an diesem Punkt mit der von den Nationalsozialisten ausgeübten Defintionsmacht konform geht: Bekanndich vermochte das NS-Regime jenen o.g. Opfergruppen bekanntlich das „deutsch-sein" nicht zuzubilligen.

Zur Weltlage

Ein Wortmodul auch der von den antideutsch inspirierten Floristen etwas flapsige eingeführte Begriff „faktisch" - der Marxist-Leninist seligen Andenkens hätte damals gleich von „objektiv" gesprochen. Klar hier: Wer die Anstrengungen der Auseinandersetzung mit den zuweilen diffizilen „Fakten" scheut, der redet umso leichter von der „Weltlage", pardon: - in einem „Gesamtkontext" - vom „faktischen". Und eh man sich versieht, gerät in dem Ermächtigungsdiskurs der antideutschen Ordnungsmatrix auch eine israelische Anarchistin „faktisch" in die allgegenwärtige Zurufzone des „Haltet die Antisemitin!"

AnarchistInnen, die ihren eigenen Staat nicht ablehnen, sind keine

Was mag die Plenumsfloristen nur dazu angestachelt haben? Der Grund für ihr Fachgutachten war ein denkbar schlichter: Jene explizit als Anarchistin aus Israel angekündigte Referentin hatte es im Verlauf der Veranstaltung in der Flora an Legitimierung, gar Heiligung ihres eigenen Staates missen lassen, mehr noch - und man fasst es kaum – sie hatte in fundamentaler Weise gegen ihre eigene Regierung Stellung genommen. Bitte schön: Eine Anarchistin, die über so etwas nicht schlecht spricht, hört doch auf eine zu sein. Warum ist das von Flora-Organizern

nicht gedanklich nachzuvollziehen? Der traurige Grund dafür findet sich in ihrer Erklärung, in der sie sich selbst einem „spezifisch deutschen Kontext" verpflichtet fühlen. Von hier aus vermerken sie zunächst die Unfähigkeit der israelischen Anarchistin sich konstruktiv auf die „sicherheitspolitischen Maßnahmen Israels" zu beziehen, um daraus zu schlussfolgern, das sie auch so die „Einordnung ihres Berichts in einen Gesamtkontext" habe vermissen lassen. Ach ja!? Mit dieser Aussage ist den Plenumsfloristen die schlichte Einsicht aus dem „Gesamtkontext" gerutscht, das es doch immer leicht etwas erheblich Besseres als eben jenen von ihnen geltend gemachten „deutschen" gibt. Zum Beispiel einen glücklichen oder gar einen humanen. Mit Verlaub: Das ist doch eine geradezu irrwitzige Perspektive wenn uns zu der wahrlich komplexen Situation der in der Region Israel-Palästina unter den herrschenden Verhältnissen leidenden Leute ausgerechnet ein „Gesamtkontext" in den auch noch der „deutsche" hinein verquirlt ist, als zentraler Maßstab weiterer Überlegungen zugemutet wird. Davon können sich jedenfalls die wahrscheinlich von staatlicher Missachtung und alltäglicher Diskriminierung konfrontierten Flüchtlinge aus Eritrea in Israel nichts kaufen. Was soll bitte schlecht daran sein durch einen instruktiven Bericht über die schwierige Situation von Flüchtlingen in Israel unter Umständen an die apartheidähnlichen Zustände erinnert zu werden, wie sie hier in der Bundesrepublik im Umgang mit Flüchtlingen anzutreffen sind und die seit Jahren völlig zurecht von Gruppen von The Voice, No lager und auch von AktivstInnen des Achidi-John-Platzes Hausnummer 1 in Hamburg skandalisiert werden? Keine Sorge: Das ist auch deshalb ganz gar nicht „brisant" wie die Plenumsumsfloristen in einem anderen Bezug behaupten, weil leider begründet zu vermuten steht, das das traurige Schicksal von Flüchtlingen in Israel der überwiegenden Mehrheit der dort lebenden Bevölkerung genauso am Arsch vorbei geht, wie der Bevölkerung der Bundesrepublik.

Nicht jeder Faschismus ist deutsch

Auf erheblichen Unmut bei den Plenumsfloristen stieß dabei der Hinweis der Anarchistin vor Ort mit Lokalräten zusammenzuarbeiten, in denen auch die Hamas vertreten ist. Mehr noch: Sie habe bei dieser jahrzehntelang vom israelischen Staatsapparat gegen die Fatah in Stellung gebrachten Organisation sogar Freunde, sie halte diese zwar für durchaus „faschistisch, aber keinesfalls für antisemitisch." Die vom Geschehen im Gaza-Streifen erst mal 3.000 Kilometer weit weg positionierten Plenumsfloristen halten hier unmissverständlich dagegen: „Die Hamas jedenfalls als potentiellen Bündnispartner darzustellen und nicht als das zu kritisieren, was sie ist - nämlich eine fundamentalistische, islamistische, nationalistische und antisemitische Organisation - ist absolut nicht hinnehmbar." Da hat aber der antideutsche Löwe noch einmal energisch durch die Plenumsfloristen hindurch seine Selbstversicherung gebrüllt. Wird aber das der Realität vor Ort gerecht? Hier wäre ja nur einmal der Hinweis angebracht, dass die Organisation Hamas für die israelische Regierung nach dem letzten Waffengang Ende November 2012 unter ägyptischer Vermittlung in Kairo zwar nicht ein Bündnis- aber doch ein Verhandlungspartner war, um zu einem Waffenstillstand zu gelangen. Aber das ist natürlich alles von Hamburg aus im Detail nicht sonderlich genau zu beurteilen. Aber die Aktivistin von Anarchist against the wall hätte man doch bei Gelegenheit fragen können, ob denn vielleicht ihre Einschätzung von Hamas als „nicht antisemitisch" möglicherweise aus dem übermächtigen Wunsch geboren ist, zu einer wie auch immer gearteten - meinetwegen auch beschissenen - Verständigung vor Ort zu kommen? Die ist ja für die Leute da unten – nicht in Hamburg – lebenswichtig. Man wünscht sich von den AktistInnen von „Anarchist against the wall" mehr darüber zu erfahren. Das allerdings unter der Voraussetzung, das man bereit ist anzuerkennen, das nicht jeder Faschismus auf der Welt ein deutsches Anlitz trägt oder tragen muss. Klar ist hier aber auch, dass dieser Verweis ein Niveau beschreibt, das von einer antideutschen Positionsbestimmung niemals wird erreicht werden können.

Planet Antideutschland

Mit der gegen die Aktivistin von „Anarchist against the Wall" ins Feld geführten Adressierung von „sicherheitspolitischen Maßnahmen" eines Staates sagen sich die Floristen von jeder Vorstellung von Autonomie und Dissidenz los. Verdammt! Da gibt es eine mehrere tausend Kilometer reichende Distanz zwischen Hamburg und Israel-Palästina, die man doch dafür nutzbar machen könnte, offenkundig auf der Hand liegende vielfältige Differenzen auch intellektuell zu vermitteln. Gerade aus der jüngsten Geschichte dieses Landes sollte doch wenigstens in Umrissen bekannt sein, wo Gemeinwesen zuweilen verenden können, die sich – sagen wir – antifaschistisch propagiert – einmauern. Jede aus politischen Gründen errichtete Mauer muss doch wenigstens die vielfältige freie Reflexion provozieren, in denen gerade nicht Nationen oder Ethnien, sondern die Bedürfnisse von Bevölkerungen jenseits und diesseits aller Grenzen zur Sprache kommen. Dafür kann es doch keinen geeigneteren Ort als die Rote Flora geben. Doch anstatt dafür den Freiraum nutzbar zu machen, haben die Plenumsfloristen sich dafür entschieden ihren Verstand in die Flagge mutmaßlicher Staats- und Sicherheitsinteressen des Planeten Anti-Deutschland einzuwickeln. Als Provo und Punk mag das ja noch ganz witzig sein. Stellt man diesen Zugriff allerdings auf „Analyse" dann muss das in dem „Die-Sicherheit-des-Staates-Israel-und-das-Gedenken-an-den-Holocaust-ist-deutsche-Staatsraison" - Schmarren der ehemaligen FDJ-Sekretärin Angela Merkel verenden, die bekanntlich durch die protestantische Kirche als auch in Moskau politisch geschult worden ist

Gerade wer einmal das Glück hatte einzelne Aktivistinnen dieses Plenums kennenzulernen, ihre Liebenswürdigkeit und zum Teil ihre Großzügigkeit kennt, der muss darüber bestürzt sein, zu welcher intellektuell schäbigen Stellungnahme sie sich haben hinreißen lassen. Frei von allen anarchistischen Zumutungen wünschen sich die Plenumsfloristen wohl so etwas wie Ruhe und Ordnung im „deutschen Kontext". Das lässt sich natürlich auf die Schnelle leicht machen, man sägt so allerdings den Ast ab, auf dem man sitzt.

Yossi Jebokah

Infos zur Kampagne „Kein Tag ohne!"

Am 30. April startet die Kampagne Kein Tag ohne! zum Erhalt des Autonomen Zentrum Köln mit der Auftaktdemo Warm up for resistance. In den verbleibenden 2 Monaten bis zum Ende der Kündigungsfrist am 30. Juni – und danach erst recht – gilt es zu zeigen, dass die von der Kölner SPD geplante Räumung keine Option ist. Hier ein Überblick über die aktuelle Situation und die geplanten Aktionen und Veranstaltungen. Eine Übersicht zu der Entwicklung der letzten zwei Jahre rund um das AZ findet ihr unter Hintergründe. Wir hoffen auf eure Unterstützung – insbesondere in der Woche von 28. Juni bis 7. Juli. Kommt nach Köln-Kalk!

Aktuelle Situation

Nach mittlerweile drei Jahren Autonomen Zentrum in Köln-Kalk spitzt sich die Lage erneut zu. Der vor zwei Jahren erkämpfter Nutzungsvertrag wurde im Auftrag der neuen Eigentümerin der Stadt Köln gekündigt. Die dreimonatige Kündigungsfrist endet am 30. Juni 2013.

Die regierende SPD hat sich alle Mühe gegeben Vorwände für eine Räumung des AZ und den Abriss des Gebäudes zu schaffen. Diese können aber nicht darüber hinweg täuschen, dass dahinter vor allem der politische Wille steht das Autonome Zentrum loszuwerden. Aus der Stadtverwaltung kam überraschend ehrlich die Bestätigung, dass das Planungsamt, den „politischen Auftrag erhalten habe das AZ wegzuplanen". Da passt es ins Bild, dass Oberbürgermeister und SPD sich durchweg Gesprächen verweigern.

Wir, die vielen Menschen, die das Haus nutzen, haben allerdings nicht vor uns einfach wegplanen zu lassen. Wir wissen, dass eine Kündigung noch keine Räumung ist. Ganz im Gegenteil wir feiern unsere zurückgewonne Autonomie.

Allerdings wissen wir auch aus der Erfahrung der letzten drei Jahre, dass die Kölner Lokalpolitik nur auf Druck reagiert und das auch nur sehr träge und spät. Sicherlich bedarf es noch etwas Überzeugungsarbeit, bis auch die Stadt einsieht, dass eine Räumung keine Option ist. Deswegen haben wir uns entschieden jetzt mit der Kampagne Kein Tag ohne! durchzustarten.

Auf geht's, ab geht's

Startschuss der Kampagne ist am 30. April – zwei Monate vor Ende der Kündigungsfrist und am Vorabend des 1. Mai – mit der Auftaktdemo warm up for resistance.

Am Samstag, den 4. Mai lädt die Kampagne dann zur Offenen Vollversammlung ins AZ. Eine Woche später am 11. Mai laden wir zur Wiederauflage des (fast schon) legendären Barrikadenfests. Lassen wir die Erinnerungen an die überstandene Räumung vor zwei Jahren und die 5 Tage hinter Barrikaden erneut Revue passieren. Lasst uns die Barrikaden in der Wiersbergstraße erneut errichten!



Am 17. Mai laden die Straßenmusiker_innen der Rotzfrechen Asphaltkultur zur RAK-Anti-Räumungsgala ins AZ. Sie werden bereits ab dem 13. Mai im AZ sein und von Dienstag bis Donnerstag mit Aktionen auf der Straße anzutreffen sein.

Am darauf folgenden Wochenende (27.-29. Mai) steht das Autonome Zentrum ausnahmsweise mal unter der Schirmherrschaft des Kölner Oberbürgermeisters Jürgen Roters. Während dieser seine Herzensangelenheiten in der Regel vernachlässigt, freut sich das Sommerblutfestival nun schon zum zweiten mal über die Beteiligung des AZ mit einem 49-stündigen D.I.Y.-Kunst-Experiment unter dem Motto „Alles geht – AZ bleibt". Alle sind eingeladen bei den Workshops mitzuwirken und das AZ im Vollzeitbetrieb zu erleben.

Am 1. Juni lädt das AZ zur öffentlichen Vollversammlung zur Vorbereitung der heissen Phase und weiterer Aktionen in den folgenden Tagen.

Vom 21. bis 23. Juni wird ein umfangreiches Aktionstraining des Netzwerk skills for action im AZ stattfinden.

Rund um den 30. Juni:

Ab dem 28. Juni (oder auch früher) brauchen wir jede Menge Supporter_innen in Köln. Kommt zur Verteidigung des AZ und bleibt ein wenig! In den folgenden Tagen wünschen wir uns viele Aktionen und einen spannenden Austausch mit Aktivist_innen aus den unterschiedlichsten Projekten von überall her.

Die Aktionstage finden ihren vorläufigen Höhepunkt in einer Demo am Samstag den 6. Juli. Dort wollen wir endgültig klar machen, dass es kein Köln mehr ohne Autonomes Zentrum geben wird und dass Räumungen von Freiräumen und Squats keine Option sind – nirgendwo!

Solidarisch sein und helfen

Merkt Euch die Termine und insbesondere die Woche vom 28. Juni bis 7. Juli. Kommt nach Köln! Kommt nach Kalk! Denn für all das brauchen wir natürlich jede Menge Unterstützung.

Ihr könnt uns auf vielfältige Weise supporten:

- Macht bei euren Freund_innen, in euren Veedeln und Städten auf die Lage des AZ und die Termine aufmerksam. Holt Euch Flyer und anderes Mobimaterial im AZ und helft beim Verbreiten. Verlinkt das Kampagnenbanner (coming soon) oder postet Termine und Ankündigungen auf euren Blogs, Websites etc.
- Ladet die bald startende Info&Mobi-Tour in eure Gruppen oder Projekte ein. Gerne als öffentliche Veranstaltung aber auch als direkten Austausch.
- Immer freuen wir uns über Soliaktionen und Solidaritätserklärungen. Schickt uns eure Bilder und Texte und wir werden sie zeitnah auf unserer Website veröffentlichen.
- Achtet auf spontane Ankündigungen und verfolgt unsere Infokanäle um gegebenfalls schnell erreichbar zu sein: AZ-Newsletter | Twitter | Facebook
- Und natürlich: Kommt zu den Treffen und Versammlungen ins AZ und mach mit bei der Kampagne Kein Tag ohne!

**See you in the streets,
see you in your local squat!**

Beugehaft gegen Sibylle S. verhängt

Weg mit der Beugehaft! Solidarität mit Sibylle!

Am 9. April wurde im so genannten RZ-Prozess (Revolutionären Zellen) in Frankfurt am Main gegen Sybille S. Beugehaft angeordnet – und sofort vollstreckt. Mit den Worten "So, Frau S., haben Sie sich das noch mal überlegt!" leitete Richterin Stock die versuchte Befragung ein. Und nachdem Sybille S. deutlich machte, dass sie an ihrer Aussageverweigerung festhält, verkündete die Richterin: "Das Gesetzt zwingt mich nun, jetzt die Beugehaft zu verhängen". Noch im Gerichtssaal wurden Sibylle Handschellen angelegt und wurde sie abgeführt.

Die Beugehaft kann bis Ende des Prozesses andauern, maximal aber sechs Monate. Sibylle hatte die Aussage als Zeugin konsequent verweigert und bereits eine Geldstrafe zahlen müssen

Außerdem entschied das Gericht, das Verfahren gegen Christian von dem Verfahren gegen Sonja abzutrennen. Ob das Verfahren gegen Christian allerdings wegen Verhandungsunfähigkeit eingestellt wird, ist noch nicht entschieden.

Sibylle S. sollte sich zum wiederholten Male zu den unter Folter erlangten Aussagen von Hermann Feiling äußern, die wegen der angeklagten drei RZ-Aktionen das einzige Beweismittel der Staatsanwaltschaft sind.

Sibylle S. war 1980 Mitangeklagte von Hermann Feiling, der 1978 durch einen Sprengsatz lebensgefährlich verletzt wurde, dabei verlor er sein Augenlicht und beide Beine mussten ihm amputiert werden. Die Sicherheitsbehörden nutzten seinen orientierungslosen und schwer traumatisierten Zustand nach dem Unfall aus, isolierten ihn monatelang und verwerteten die ihm abgerungenen Informationen als Aussagen. Sobald er konnte hat Herrmann Feiling diese so genannten Aussagen widerrufen und über die Umstände berichtet, wie die Polizei zu ihnen gekommen ist.

Das Beharren des Gerichts auf der dünnen Beweislage, die zudem auf unter menschenunwürdigen Umständen zustande gekommenen "Beweisen" beruht, zeigt lediglich den auch heute noch ungebrochenen staatlichen Verfolgungswille gegen militante Linke.

Getroffen hat es eine, gemeint sind wir alle!

Nach: http://www.verdammtlangquer.org

Stellungnahme von Sibylle:

Where is the line between retribution and justice?

Zum erneuten Versuch des justiziellen Missbrauchs eines schwerbehinderten und beschädigten Menschen - Stellungnahme von Sibylle

Vor 30 Jahren wurde ich vom Frankfurter Oberlandesgericht allein aufgrund von Aussagen meines damaligen Verlobten Hermann Feiling verurteilt, die nicht nur ich damals für nicht verwertbar hielt.

Hermann war im Juni 78 bei einer Explosion in seiner Wohnung schwer verletzt worden, nachdem ein Sprengsatz für das Argentinische Konsulat in München – es war 1978 und Fußballweltmeisterschaft in der damaligen Diktatur Argentinien – vorzeitig explodiert war. Keine 24 Stunden, nachdem er in einer Operation beide Augen verloren hatte und die Beine bis kurz unter dem Becken amputiert worden waren, begannen die Vernehmungen durch Staatsanwaltschaft und Polizei. Das ging so weiter bis in den Oktober 1978 hinein, wofür man Hermann noch in einer Polizeikaserne (!) „unterbrachte" – alles ganz ohne Haftbefehl.

In einem Artikel im „Spiegel" hieß es dazu am 24.11.80: „Mit welchen Mitteln Kriminalbeamte und Staatsanwälte die Anklagebasis erzwungen haben, dass und warum der Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts überhaupt verhandelt, markiert einen Tiefpunkt bundesdeutscher Rechtspflege."

Es gab viele damals, die derselben Auffassung waren und wir haben während des Prozesses 1980-1982 große Solidarität erfahren.

Nichtsdestotrotz wurde ich aufgrund dieser Aussagen verurteilt. Über dreißig Jahre lang lebe ich nun mit Hermann und meinem jetzigen Mann und meiner Familie in Wohngemeinschaft und es gelang uns, das Leben wieder in ruhigere Bahnen zu kriegen und zu stabilisieren, obwohl für Hermann zu der Bürde des Verlusts des Augenlichts und der Beine noch die Gefährdung durch schwerste epileptische Anfälle kommt.

Diese immer lauernde Anfallsgefahr war auch der Grund dafür, 30 Jahre lang nicht mit ihm über seine Vernehmungen und Aussagen im Jahr 1978 zu sprechen. Ich habe das sein lassen, damit keine Gesundheitsgefährdung entsteht, da ich Anfälle bei ihm erlebt habe, die so schwer waren und in Serie kamen, dass sie unmittelbar lebensbedrohlich waren.

Mir wird jetzt in dem laufenden Prozess als Zeugin das Recht zu schweigen nicht zugestanden. Wenn ich das als juristischer Laie richtig verstanden habe, dann soll eine eventuelle Nichtverwertbarkeit von Hermanns Aussagen nur ein Verfahrensfehler des früheren Prozesses gewesen sein, der mit meiner heutigen Aussagepflicht nichts zu tun habe. Das verstehe ich nicht. Dieser mögliche Verfahrensfehler war der Dreh- und Angelpunkt des Urteils gegen mich. Und mehr noch: Es ging um eine schwere Menschenrechtsverletzung, die heute einen Gang zum Europäischen Gerichtshof nahelegen würde.

Es war nicht meine Entscheidung und schon gar nicht die von Hermann, die Vorgänge von vor 34 Jahren wieder hervorzuholen. Aber wenn das Frankfurter Landgericht es jetzt so entschieden hat, dann muss auch und vor allem der Umgang von Polizei und Justiz mit Hermann im Jahre 1978 Gegenstand des gegenwärtigen Prozesses sein. Dies ist der Kern meiner „Gesinnung" – die Staatsanwaltschaft bezeichnete mich als „Gesinnungstäterin" – und meiner Haltung zu diesem Prozess.

Meine Entscheidung zu schweigen, entspringt nicht Lust und Laune, wie die Vorsitzende Richterin mir vorhielt. Ich habe sie mir reiflich überlegt, insbesondere auch, weil die schwerwiegenden Konsequenzen nicht nur mich betreffen, sondern natürlich meine Familie und die Wohngemeinschaft mit Hermann mit. Und darüber entscheidet das Gericht – und nicht ich.



Ich habe für mich entschieden, in diesem Prozess keine weiteren Aussagen zu machen.

Sibylle S.

Demo Rückblick

Gegen Ausgrenzung und Rassismus!

Offizielle Pressemitteilung des Demonstration-Bündnis zur Demonstration „Gegen Rassismus und Ausgrenzung“ Samstag, 06.April, in Hamburg:

Über 3000 demonstrieren in Hamburg gegen Rassismus und Ausgrenzung und in Solidarität mit dem Protestcamp der Geflüchteten in Berlin.

Hamburg, 06.04.2013.
Weit über 3000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration »Gegen Rassismus und Ausgrenzung« in Hamburg und forderten bei strahlendem Sonnenschein die sofortige Abschaffung der Residenzpflicht, den Stopp aller Abschiebungen, die Schließung aller Flüchdlingslager und die Anerkennung aller Asylsuchenden als politische Geflüchtete.
Zu der Demonstration hatten über 60 Initiativen aus ganz Deutschland aufgerufen, was sich in der breiten Beteiligung widerspiegelte.

Dazu Jens Kuhn:
„Angeführt wurde der Demonstrationszug von kämpfenden Geflüchteten aus Berlin, dem Lager Horst gemeinsam mit Schüler_innen, die im vergangenen Jahr die Abschiebung ihrer Mitschülerin verhindert haben, sowie dem kurdischen Volksrat Hamburg. Es beteiligten sich außerdem Gewerkschaften, antifaschistische Gruppen und zahlreiche Familien mit Kindern aus Hamburg. Dies zeigt uns, dass der Kampf gegen Rassismus und im speziellen gegen rassistische Sonder-gesetze immer stärker wird und ermutigt uns, den Widerstand weiter auszubauen.“

Viele Teilnehmer_innen setzten ihr Recht auf Bewegungsfreiheit durch.
Das Demonstrations-Bündnis wird auch weiterhin die selbstorganisierten Kämpfe von Geflüchteten unterstützen und Fälle von Repression solidarisch begleiten.





25.05. Fight Racism Now!

Bundesweite Demo in Berlin zum doppelten Jahrestag:
20 Jahre Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und
20 Jahre Mordanschlag von Solingen

Ständig im Bewusstsein

- ein paar Worte bezüglich der Verhaftung des Totalverweigerers Menelaos Exioglou, Thessaloniki

Die „Säuberung" der Städte von Migranten, ihre Inhaftierung in Lagern, die der Hölle ähneln, die Veröffentlichung von Bildern HIV-positiver Prostituierten, die Erklärung von Arbeiterkämpfen als illegal, die Einberufung von Streikenden, die Folter von Aktivisten in Herrenhäusern der polizeilichen Demokratie, der Angriff gegen besetzte Räume und Häuser die politische, kulturelle und soziale Arbeit leisten, die Repression und Terrorisierung von Dörfern und Gemeinden im Dienst der Interessen des Kapitals, sowie die Verarmerung der Bevölkerung, sind Kriegshandlungen.
Der Klassenkampf ist erklärt.

Und natürlich bleiben auch die Wehrdienst- und Totalverweigerer nicht verschont von staatlicher Repression. Strafverfolgungen, Militärgerichten, enorme Geldstrafen sowie Sanktionen, die einen Totalverweigerer aufgrund seiner politischen Einstellung, in keiner Art Fleischwolf einzutreten, sind an der Tagesordnung. In letzter Zeit, werden wir vom Staats- und Militärapparat durch eine beispiellose Anzahl von Verhaftungen und Drohungen angegriffen, wobei die Wehrdienstverweigerung als ein kriminelles Vergehen angesehen wird. Dies bedeutet ständige Angst vor Verhaftung die jederzeit möglich ist.

Am 18. April 2013 wurde Menelaos Exioglou beim Verlassen seiner Wohnung auf dem Weg zur Arbeit verhaftet. Die Verhaftung wurde aufgrund des Vergehens der Wehrdiensverweigerung durchgeführt. Zunächst wurde er dem Polizeirevier Ano Poli vorgeführt und mittags an die Generaldirektion der Polizei in Thessaloniki weitergeleitet um am 20.04 nach Athen transportiert zu werden. Hier wurde er von der Staatsanwaltschaft zu 4 Monaten auf Bewährung verurteilt – er war gerade erst im Dezember 2012 vom Militärgericht in Larissa zu der selben strafe verurteilt worden.

Die aggressive und rachsüchtige Politik, die in der letzten Zeit auf die Kriegsverweigerer losgelassen wird, wurde hiermit erneut bestätigt. Die Kriegsverweigerung wird als ein andauerndes Vergehen betrachtet daher kann jeder Kriegsverweigerer, auch wenn er erst für das Vergehen der Kriegsverweigerung verurteilt wurde, erneut festgenommen werden und somit erneut vor Gericht kommen (also auch erneut verurteilt werden).
Was aber die Rekrutierung nicht schafft, wird auch die Strafe des Militärrichters nicht erreichen.
Kriegsverweigerung ist eine bewusste politische Entscheidung. Unsere Waffe ist die Solidarität und der unbeugsame Wille zur kollektiven Selbstverwaltung unserer Leben. Was uns zusammenhält ist stärker als jeder Repressionsversuch, den sie erfinden können.

KEINE VERFOLGUNG DER KRIEGSVERWEIGERER!

SOFORTIGE ABSCHAFFUNG DES WEHRDIENSTES UND DES MILITÄRS!

Kajus Sparilus
Kriegsverweigerergruppe, Thessaloniki



Kein Tag der deutschen Zukunft

Neonazi-Aufmarsch in Wolfsburg verboten (Stand 04.04.)

Die Stadt Wolfsburg hat mittels einer „Untersagungsverfügung" den „Tag der deutschen Zukunft" am 1. Juni 2013 in Wolfsburg verboten.

Dieser Schritt war zu erwarten und in der Auseinandersetzung mit Naziaufmärschen ein üblicher Schritt von Kommunalverwaltungen. Durch dieses relativ frühes Verbot bleibt den Nazis jetzt aber ausreichend Zeit, um den Klageweg zu beschreiten. Die Erfahrungen mit den Verwaltungsgerichten lassen erwarten, dass dieses Komplettverbot wieder aufgehoben wird.

Wie auch immer sich die weiteren juristischen Auseinandersetzungen um den Naziaufmarsch in Wolfsburg entwickeln, halten Antifaschist_innen an ihren Plänen fest, den Naziaufmarsch am 1. Juni zu verhindern.

Das antifaschistische Bündnis „Keine Zukunft für Nazis" bekräftigte seine Ankündigung den Naziaufmarsch zu blockieren und auch das bürgerliche Bündnis „Schulterschluss der Wolfsburger Demokraten" bereitet seine Aktionen weiterhin vor.





Zur Anhörung von Gabriel Pombo da Silva

Am Dienstag, den 16. April 2013 wurde Gabriel Pombo da Silva vor die "Audiencia Nacional" (Nationaler Gerichtshof) gebracht. Er machte keine Angaben zu den Vorwürfen aus Italien, weigerte sich die falschen Kategorien von Schuld und Unschuld anzuerkennen. Untersucht wurde nur die Rechtsmäßigkeit des gegen ihn gerichteten europäischen Haftbefehls. Die Argumente der Verteidigung wurden vom Gericht akzeptiert, sodass der Vollzug des Haftbefehls ausgesetzt wurde. Im Moment ist kein Termin für eine weitere Anhörung festgelegt.

Unser Genosse bleibt standhaft und stark. Wir verfolgen weiterhin die schmutzigen Spielchen der verschiedenen Staaten, die mit ihren Gesetzen, Kriegen und der umfassenden Zerstörung nicht zögern Terror zu schüren und die Kontrolle über alle Bereiche des Lebens zu erweitern und aus allem ihren Profit zu schlagen.

Mit Wut und Widerstand. Für die Anarchie!

Demo gegen Nazis, NSU und die ganze Scheiße - ein voller Erfolg!



Die Demonstration „Gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!" zum [ursprünglichen] Auftakt des NSU-Prozesses kann als voller Erfolg angesehen werden.

Damit wurde gezeigt, dass der NSU-Prozess abseits der Sitzplatzvergabe sehr viel mehr Menschen bewegt, welche eindringlich auf eine Debatte zum Thema gesellschaftlicher Rassismus drängen und denen es nicht nur um die einfache Feststellung der Schuld der Angeklagten und deren Bestrafung geht, sondern die eine umfassende Aufklärung der Hintergründe fordern. Besonders Wert gelegt wurde auch auf die Solidarität mit den Angehörigen der Opfer des NSU sowie allen weiteren Opfern rassistischer Gewalt. Ibrahim Arslan etwa, ein Überlebender des Brandanschlags 1992 in Mölln bekräftigte, wie wichtig die Solidarität mit den Opfern rassistischer Anschläge für diese ist. Daher wurde auch für die große Demonstration am 25.Mai in Solingen geworben.

Viele Redebeiträge verdeutlichten dabei, dass wir uns bei der umfassenden Aufklärung der NSU-Verbrechen nicht auf den Staat verlassen können. Dies zeigt zum Beispiel schon das aktuelle Verfahren, in welchem nur 5 der mindestens 100 mehr oder weniger direkt Beteiligten angeklagt werden und in welchem die Rolle und Funktion des Verfassungsschutzes gar nicht thematisiert wird. Gerade deswegen wurde immer wieder auf die wichtige Aufgabe der unabhängigen und kritischen Beobachtung und Öffentlichkeitsarbeit zum Prozess hingewiesen, welche sich die Initiative „NSU-WATCH: AUFKLÄREN & EINMISCHEN" zur Aufgabe gemacht hat.

Mit tausenden von Menschen war es die größte antirassistische Demonstration in München seit 20 Jahren. Entgegen der Prognose der Polizei verlief die Demonstration ohne Zwischenfälle. Allerdings verzögerte sich der Start aufgrund des rassistischen Vorgehens der Polizei, um anderthalb Stunden, da sich geweigert wurde loszugehen, bevor die Polizei einen festgenommenen Flüchtling, der mit der Teilnahme seine Residenzpflicht verletzt hatte, zur Demo ließ. Schon am Vorabend hatte der Verwaltungsgerichtshof die Gewaltprognose der Polizei verworfen und Teile des Auflagenbescheids, beispielsweise das Verbot von Seitentransparenten außer Kraft gesetzt. Die Route der Demonstration führte unter Anderem am Mahnmal für das Oktoberfestattentat von 1980 und dem Königsplatz vorbei. Dieser steht stellvertretend für die Vielzahl nationalsozialistischer Spuren in München. Unter anderem fand hier 1933 die antisemitische Bücherverbrennung statt. Weitere Zwischenkundgebungen gab es vor dem Innenministerium sowie am Justizzentrum. Hier wird diesen Mittwoch extra umgebauten Gerichtssaal A102 der Prozess gegen Beate Zschäpe, Ralf Wohlleben, Holger Gerlach, Carsten Schultze und André Eminger beginnen.

In verschiedenen Redebeiträgen wurde die Perversion der rassistischen gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck gebracht. Ibrahim Arslan sagte anlässlich der Ermittlungen von Polizei und Verfassungsschutz, welche die Täter des Brandanschlags direkt im familiären Umfeld vermutete und den Opfer und Angehörigen einen Zusammenhang mit ausländischer, organisierter Kriminalität vorwarfen: "Ein Opfer muss sich keine Vorwürfe anhören, ein Opfer muss Klarheit haben, muss Vertrauen in diesem Staat aufbauen können. Wir als Opfer haben aber kein Vertrauen in diesen Staat!" In einem Beitrag der Shoah-Überlebenden Esther Bejarano hieß es: „Wir dürfen den Neonazis in dieser Stadt keinen Fußbreit überlassen. Wer nicht durch die Hölle von Auschwitz gegangen ist, der kann nicht verstehen, was es bedeutet, wenn Neonazis durch deutschen Städte ziehen." Dass Rassismus auch durch die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl in Form der aktuellen Asylgesetzgebung, Abschiebung sowie geistige Brandstiftung tötet, wurde neben einigen Redebeiträgen besonders durch eine Dachaktion auf dem DGB-Haus zum Ausdruck gebracht.



Insgesamt wurde ein klares antifaschistisches Signal zum Auftakt des Prozesses gesetzt. Jetzt gilt es, die Debatte um gesellschaftlichen Rassismus und die Auflösung des Verfassungsschutzes konsequent weiter voran zu treiben! Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt! Solidarität mit dem Kampf der Flüchtlinge!

Das Problem heißt Rassismus: Bekämpfen wir ihn – immer und überall!



Anschlag auf Bayerischen Flüchtlingsrat nach Demo gegen Naziterror

Nach der gestrigen Großdemonstration in München mit 10.000 TeilnehmerInnen „gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus" wollten sich (mutmaßlich) Neonazis noch abreagieren. Sie schlugen das Schaufenster der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats ein – genau an der Stelle, an der das Plakat mit dem Aufruf zur Demo gegen Naziterror angebracht war.

Die Bedrohungen gegen den Flüchtlingsrat nehmen zu. Bereits am Samstag vor einer Woche wurden tagsüber während des Arbeitsbetriebs Plakate in den Schaufenstern mit neonazistischer Propaganda überklebt.

„Der Anschlag zeigt auf bittere Weise, wie akut notwendig unser Engagement gegen Naziterror auch in Bayern ist. Wir sind empört über diesen Angriff auf unsere Geschäftsstelle. Selbst kurz vor dem NSU-Prozess trauen sich Neonazis in München offen zu agieren. Wir werden uns durch solche feigen Anschläge nicht einschüchtern lassen, sie bestätigen nur die Wichtigkeit unserer Arbeit", erklärt Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats.

Antifaschistische Demonstration Glinde neu einkleiden - Naziläden dichtmachen! Sa. 08.06. 14 Uhr U-Bahn Steinfurter Allee

Keine Zukunft für Nazis - Naziläden dichtmachen

Seit dem 16.9.2011 gibt es in Glinde (in direkter Umgebung Hamburgs) den Nazi-Laden "Tonsberg". Dieses Geschäft verkauft ausschließlich die in der rechten Szene weit verbreitete Klamotten Marke "Thor Steinar" und dient somit als Anlaufstelle für Faschisten*Innen aus der Region.
Dabei geht es nicht nur um den Verkauf der Kleidung, sondern auch darum rechtsextreme Strukturen zu organisieren und rassistische Ideologien zu verharmlosen. Es wird versucht einen nationalistischen Lifestyle zu etablieren und dadurch Menschen an die rechte Szene heran zu führen. Wer dort einkauft unterstützt bewußt oder auch unbewußt Neonazis. Seit Eröffnung haben sich Glinder*Innen organisiert und aktiv Widerstand geleistet.
Um über den Laden zu Informieren und ihrer Forderung, den Laden zu schließen, Nachdruck zu verleihen, veranstalten sie seit über einem Jahr täglich Mahnwachen. Diese Antifaschisten*Innen wollen wir durch ein Open-Air Konzert unterstützen und gemeinsam lautstark für die Schließung des Thor-Steinar Ladens demonstrieren. Rassismus und Faschismus darf kein Raum gegeben werden, weder in Glinde noch anderswo!

Neben der Demonstration wird es musikalische Untermalung geben, für die sich die folgenden Bands bereit erklärt haben: Liedfett, Boykott und Herrenmagazin



19. März 2013
Angriff auf das Mehrfamilienhaus von dem Neonazi Simon Bartels in Hamburg/Harburg-Eißendorf
(siehe Doku)

Angriff auf das Mehrfamilienhaus von dem Neonazi Simon Bartels in Hamburg/Harburg-Eißendorf

Wir haben in der Nacht vom Dienstag den 19.03.13 auf Mittwoch den 20.03.2013 das Mehrfamilienhaus in der Lühmannstraße 1 und in der unmittelbaren Nähe, in dem Simon Bartels wohnt, mit Outingflyern und einem Outingspruch versehen. Die Outing Flyer haben wir in alle Briefkästen der Nachbarn/innen getan, um diese zu warnen mit welchem Menschen sie in der Nachbarschaft wohnen. Weiterhin wurde ein Outingspruch auf die Treppenhaustür vom Mehrfamilienhaus von Simon geschrieben, um klarzustellen, was dieser für ein Mensch ist. Simon Bartels wohnt in seiner Wohnung nicht alleine, sondern mit einem anderen Menschen. Uns liegen über diese Person noch keine genauen Informationen vor, ob der/die Mitbewohner_Innen auch ein Neonazi ist oder nicht. Zur Person Simon Bartels: Er ist mit seinen Aktivitäten als Neonazi seit 2005 bekannt. Damals war er aktiv im Harburger Widerstand, wo er in einem Outing Blatt, jedoch nur mit seinem Namen erschien. Neben ihm standen die Namen von Alexander Hohensee und Frank Försterling. (Frank ist vor ein paar Jahren aus der Neonazi Szene ausgestiegen) Außerdem pflegt Simon Kontakt zu Christian Worch, welcher der Gründer der neuen Rechten Partei "Die Rechte" ist. Durch den Kontakt zu Sandy Ludwik aus Wittstock/Dose kam er 2008 in die Weiße Wölfe Terror Crew.

Er ist sehr gewalttätig, dies kann Mensch z.B. an dem Vorfall vom 13.02.2010 erkennen. Dort war er mit Neonazis aus Leipzig an einem Überfall auf Antifaschisten_Innen in Dresden beteiligt gewesen. Des weiteren war er unter anderem bei rechten Aufmärschen, wie die Jungen Nationalisten (JN) Demo „Wir wollen leben“ in Wismar am 20.10.2012. Aber auch schon im Jahre 2005 hat er sich an rechten Aufmärschen beteiligt.

Ab März 2012 gab es bei 17 Neonazis Hausdurchsuchungen auf Grund der "Die Unsterblichen"-Demo in Hamburg/Harburg, die am 17.12.12 stattfand. In diesem Zuge wurde auch am 12 Juni 2012 die Wohnung von Simon Bartels durchsucht. Er soll mit am Fackelmarsch „der Unsterblichen“ teilgenommen haben.

Schauen wir weiterhin untätig zu dann nimmt die Liste an Tätigkeiten der Weißen Wölfe Terror Crew und allen anderen rechten Gruppierungen und Einzelpersonen weiterhin zu. Gerade in Harburg existieren rechte Strukturen schon ziemlich lange und diese gilt es zu zerschlagen. Im Jahr 2005 gab es ein Outingblatt über den "Nationalen Widerstand Harburg". Dank den antifaschistischen Handeln in Tostedt, (Landkreis Harburg) haben es die Rechten in und um Tostedt herum, nicht mehr so leicht Dinge ungehindert zu tun. An diesem Beispiel muss angeknüpft werden. Die Weiße Wölfe Terror Crew setzt auf das inzwischen bei rechten typische Autonome Nationalisten (AN) Image. Was mehr auf Aktionsmus, also praktischer Arbeit und nicht auf theoretische Arbeit basiert. In der AN Szene ist es nicht mehr schlimm, wenn Widersprüche zu ihrer vermeintlichen Ideologie existieren, wie z.B. Hip Hop zu hören oder in „Dönerläden“ essen zu gehen. Es ist wichtig solche gefährlichen Strukturen an den Wurzeln zu packen und gerade deren führenden Köpfe daran zu hindern neuen Nachwuchs für die rechte Bewegung zu werben.

Wir werden den Rechten nicht die Straßen überlassen 365 Tage im Jahr werden wir offensiv gegen Rechte kämpfen.

Antifaschistische Offensive Nord

20. März 2013
Farbanschlag auf Büro der IBA
Eine rund 30 Meter lange Glasfläche des Informationsbüros der Internationalen Bauausstellung (IBA) wurde am Dienstag von Unbekannten mit Farbe beschmiert. Neben der blauen Farbe brachten die Täter zudem ein Plakat mit dem Schriftzug „IBA versenken - Mietwahnsinn stoppen - Für ein Recht auf Stadt“ an. Nach den Tätern wird gesucht. Die Internationale Bauausstellung, auf der bis November 2013 zukunftsweisende Projekte zu den Themen Architektur, Energie und Bildung präsentiert werden sollen, beginnt am Sonnabend beginnt.

Quelle: MoPo



[DIY] Angriff auf Walter Hoeck in Hamburg-Heimfeld

In der Nacht von Donnerstag, dem 21.03.2013, auf Freitag den 22.03.2013, wurde das mehrparteien Haus von Walter Hoeck im Hamburg-Heimfeld mit Farbe angegriffen und Stencils gesprüht, die Bezug auf die DIY Kampagne nehmen (Logo) und auf den Hintergrund des Angriffs (Walter Hoeck du Scheiß Rassist).

Es wurde Walter Hoeck gewählt, weil er seit Jahren die Neonaziszene in Schleswig-Holstein unterstützt und zum Organisationskreis für die rassistisch motivierte Kundgebung/Demo der "German-Defence-League" am Samstag, in Hamburg-Horn gehört.

Auch Nazis haben ein Leben, in dem sie nicht von deutschen Bullen geschützt werden und direkt angreifbar sind. Nazis haben Namen und Adressen. Da geht noch mehr.

Walter Hoeck, Heimfelder Str. 11, 21075 Hamburg
In die Antifaschistische Offensive gehen.

Infos zu weiteren Aktionen: https://diynow.noblogs.org/

Hamburg: Angriffe auf Zeitarbeitsfirmen

Wir haben in der Nacht zum 15. April in verschiedenen Stadtteilen Hamburgs Zeitarbeitsfirmen mit Steinen und Farbe angegriffen/verschönert und Türenschlösser verklebt. Warum? Weil Lohnarbeit unsere Leben zerstückelt. Weil die modernen "Sklavenhändler" der Zeitarbeitsfirmen in Zusammenarbeit mit Jobcentern und Arbeitsämtern, Arbeitlosengeldempfänger_innen terrorisieren, denn durch sogenannte "Eingliederungsvereinbarungen" sollen sie gezwungen werden auch den letzten Drecksjob anzunehmen. Weil mit Hilfe von Arbeit das menschliche Bedürfnis nach Kreativität, das Bedürfnis etwas mit den eigenen Händen zu erschaffen und gestalten, in eine Zwangsjacke gesteckt wird. Ein perverser Arbeitswahn bis zum Tod.

In dieser Gesellschaft ist Zeit Geld und das Leben hat einen Preis bekommen, den wir (schon lange) nicht mehr zahlen wollen. Ihr habt die Eingliederungsvereinbarung ohne uns gemacht! Und wir wissen, dass es viele Menschen gibt, die sich mal still und mal offensiv gegen die repressiven Druckmittel der Ämter wehren und das "Arbeiten-und-Konsumieren" System sabotieren.

Die einzige Arbeit, die uns gefällt, ist die Zerstörung dieser lebensfeindlichen Gesellschaft. Und dafür werden wir ackern und schwitzen, denn wir haben die Schnauze voll von einem System, dass alles und jede_n unter dem Blickwinkel ihrer_seiner Verwertbarkeit betrachtet. Wir haben die Schnauze voll von der Blindheit, der Bequemlichkeit, dem Gejammer des "Ich kann ja eh nix ändern".
Wir fühlen uns allen Menschen verbunden, die ebenfalls gegen die falsche Freiheit dieser Welt kämpfen.

herrschaftsfreie Initiative: "Der frühe Vogel wirft den Stein..."

21. März 2013
[DIY] Angriff auf Walter Hoeck in Hamburg-Heimfeld
(siehe Doku)

25. März 2013
Til Schweiger, you're not welcome!
(siehe Doku)

23.März 2013

Auseinandersetzungen und Sachschaden während rassistischer Kundgebung

Obwohl groß angekündigt kamen nur elf RassistInnen der „German Defence League" und „Pro Deutschland" nach Hamburg um gegen den Umbau der Kapernaum-Kirche zur Moschee zu protestieren. Rund 600 GegendemonstrantInnen waren vor Ort, denen es zeitweise gelang die Polizeiabsperrungen zu durch brechen, wobei die anwesenden RassistInnen und die eingesetzten 800 Bullen mit Schneebällen beworfen wurden. Als die RassistInnen zu ihren Fahrzeugen zurückkehrten, mussten sie feststellen, dass sich denen ein paar entschlossene Menschen angenommen hatten (dank Altermedia und dem Rumgeheule dort, erreichte uns diese Info) und sie ohne Fenster und mit kaputten Frontscheiben nach Hause fahren mussten.

2. und 4.April 2013
Aktionen gegen Scheuerl, Arretz und KiK-Märkte
(siehe Doku)

15. April 2013
Angriffe auf Zeitarbeitsfirmen
(siehe Doku)

27. April 2013

Neustadt: Stein- und Farbanschlag auf Telekom-Gebäude

Unbekannte haben am Samstag (27.04) in der Hamburger Neustadt einen Anschlag auf ein Telekom-Gebäude verübt.
Mehrere Vermummte haben am Samstagabend in der Neustadt mit Farbe gefüllte Gläser und Steine gegen die Hausfassade geworfen. Auch die gläserne Eingangstür des Gebäudes ging bei dem Anschlag zu Bruch. Außerdem entzündeten sie Rauchkörper und verbrannten einen Autoreifen.

28.4.2013

Angriff auf den Buisinessclub Hamburg
(siehe Doku)

Til Schweiger, you're not welcome! Tatort: Dörpfeldstraße 9

Zwei Wochen nach der Ausstrahlung des ersten Schweiger Hamburg Tatorts "Willkommen in Hamburg" (Schweiger in der Rolle eines "coolen" Ex-SEK-Komissars) wurde sein Anwesen mit "krimineller" Energie heimgesucht. Das Millionenobjekt in Nachbarschaft zur Führungsakademie der Bundeswehr im noblen Nienstedten, wo sich ehemalige Bürgermeister, Manager und Militärs gute Nacht sagen, war Ziel von Farbflaschen.

Falls Schweigers Protzmercedes oder andere dem Grundstück zuzuordnenden Fahrzeuge zur Verfügung standen, gab's einen Vorgeschmack auf den nächsten Hamburg Tatort über Wagensport: "Feuer über Nienstedten".

"Wir dürfen nie vergessen, was unsere Soldaten im Kampfeinsatz für uns tun. Ich widme meinen Film "Schutzengel" diesen Frauen und Männern. Danke."
Mit diesen Worten endete eine dreiteilige Artikelserie von Schweiger, die in der Bildzeitung im September 2012 unter dem Titel "Til Schweigers Afghanistan-Tagebuch" veröffentlicht wurde. Hier schilderte der Schauspieler seine Erlebnisse und Eindrücke bei den Bundeswehrtruppen in Afghanistan, wo er als Vorabpremiere seinen Kinofilm "Schutzengel" vor 700 Soldat_innen in Mazar-I-Scharif vorstellte.
Die zentrale Botschaft dieses selbst für profilneurotische Schauspieler_innen und Kulturschaffende vom Schlage Til Schweigers eher ungewöhnlichen Vorgehens lautete: Voller Dankbarkeit und Respekt gilt es sich hinter die deutsche Armee zu stellen und ihre Kampfeinsätze zu unterstützen. Im Kontext der Auseinandersetzung über die kulturelle Hegemonie bezüglich deutscher Militäreinsätze zwischen Kriegsbefürworter_innen und Kriegsgegner_innen gab es einige ähnliche Beispiele: die Livetalkshow der Guttenbergs mit Kerner in Afghanistan, die Umschreibung des Klassikers "There is a house in New Orleans" in "Da steht ein Haus im Kosovo" von Gunter Gabriel, das gehäufte Auftauchen von ehemaligen Afghanistan Soldat_innen in Fernseh- und Filmproduktionen, mal als traumatisierte Opfer, mal als Elitesoldatenheld.
Im Film "Schutzengel", Produktion, Regie und Hauptrolle Schweiger, spielt er einen vormaligen KSK-Kämpfer und Afghanistanveteranen, der eine Mordzeugin vor ihren Verfolgern schützt.
Deutsche Kriegseinsätze mit allen ihren Folgen sollen als normal und gerecht empfunden und akzeptiert werden. Allerdings fanden die Opfer der deutschen Truppen, wie die über 140 durch einen Luftangriff Ermordeten am Kundusfluss (der befehlshabende Offizier ist kürzlich zum General befördert worden) keine Erwähnung in der Artikelserie. Dafür aber Bundeswehrlazarette, in denen sich Ärzt_innen fürsorglich um durch Sprengfallen verletzte Zivilist_innen sorgten. Abgerundet wurden die Tagebucheintragungen von unfreiwillig komischen Beschreibungen des Besuches eines Ehrenmals für die "Gefallen": "Der Wind pfeift, die Fahnen aller ISAF-Nationen flattern hart. Es ist eine kanz komische traurige Atmosphäre. Ich kämpfe mit den Tränen." Und dem Mäkeln über das schlechte Essen: "Das Essen ist beschissen, Herr Verteidigungsminister, nur Nudeln, Kartoffeln und Reis."
Diese Kritik nahm ihm De Maizière aber nicht krumm und umarmte ihn herzlich bei der Filmpremiere in Berlin.
Krieg beginnt hier, hier wird er kulturell eingebettet und legitimiert und hier wird er auch in Zukunft angegriffen.

- Den antimilitaristischen Angriff organisieren!
- Schweiger shut up!

die Tatortverunreiniger_innen 25.3.2013

Aktionen gegen Scheuerl, Arretz und KiK-Märkte

„Niemand, der mit oder für uns arbeitet, soll seelischen oder körperlichen Schaden nehmen" (verspricht der Verhaltenskodex des Discounters KiK).
Am 2. und 4.April 2013 haben wir Aktionen gegen zwei Verantwortliche für seelischen und körperlichen Schaden 10.000der Produzent innen in den Weltmarktfabriken von Kik Klamotten und Arbeiter innen der 'Filialen in Europa gemacht. Getroffen hat es den Anwalt von KiK Walter Scheuerl, Krumdal 9, und den Geschäftsführer Michael Arretz, Weidenallee 45. Die Wohnhäuser wurden mit Farbe und Steinen bearbeitet, ebenso KiK Geschäfte in Wilhelms¬burg, Billstedt und Altona.
Der Bürgerschaftsabgeordnete Scheuerl, umtriebig engagiert gegen emanzipa¬tive Regungen aller Art (Schulreform, Netzrückkauf, Tierschutz...) ist für KiK dafür zuständig, unliebsame Kritik zu unterdrücken und gerichtlich zu unterbinden. 2010 versuchte er, die Ausstrahlung einer kritischen Fernsehdokumentation über die katastrophalen Arbeitsbedingungen bei KiK zu ver¬hindern. Für Scheuerl handelt es sich bei tödlichen Wirklichkeiten in den Textilfabriken Asiens um ehrbare Unternehmungen von KiK und anderer Auftraggeber, welche den "Broterwerb" der Arbeiter_innen sichern. Ähnlich unverfroren lobte er Stundenlöhne von 5 Euro in den KiK-Filialen in Deutsch¬land als erfreuliche Möglichkeit der Armen, Hartz 4 aufzubessern.
Am 12.9.2012 forderte ein Feuer in der Textilfabrik Ali Enterprises in der Nähe von Karachi über 250 Menschenleben. Die genaue Anzahl der Toten war gar nicht festzustellen, da nur ein Bruchteil der Arbeiter_innen über einen Arbeitsvertrag verfügte oder bei der Sozialversicherung registriert war. Das dreistöckige Fabrikgebäude, in dem überall Textilballen lagerten, die in Folge eines Kabelbrandes schnell Feuer fingen, wurde zur tödlichen Falle. Die Fenster waren vergittert oder zugemauert. Der einzige, elektro¬nisch gesicherte Ausgang war wegen Stromausfalls blockiert. Die Arbeiter_innen erstickten, verbrannten oder ertranken elendig im Löschwasser im heller. Hauptabnehmer der Fabrik war KiK, einer der größten Textilhändler Deutsch¬lands, der zur Tengelmanngruppe gehört. Hier wurden die Jeans mit dem Label "OKAY" gefertigt. Karl Erivan Haub, einer der Chefs von Tengelmann, betonte dass für die Reputation des Konzerns der Schaden immens sei. Tatsächlich erbarmt sich das Unternehmen zu Entschädigungszahlungen von sage und schreibe 1(!) Million US-Dollar. Der Geschäftsführer Michael Arretz sagte sogar den Einbau von Notausgängen zu. Und versprach zusätzliche Feuerlöscher für die Produzenten, die KiK beliefern. Er forderte eine Politik des Handelns der Konzerne ein gegen diejenigen Hersteller, die
gegen Vorschriften verstoßen. Im Zuge einer "Null-Toleranz-Politik" sollten sie zukünftig keine Aufträge mehr erhalten.
Kurze Zeit nach dem o.g. verheerenden Feuer verbrennen im November 2012 über 100 Arbeiter_innen in der Tazreen Fabrik in Bangladesh. Auch hier ließ KiK Kleidung fertigen.
Seitdem gingen 28 Fabriken in Bangladesh und Pakistan in Flammen auf. Ende Januar brennt die Smart Export Garments Fabrik in Bangladesh.
7 Frauen sterben, vier waren jünger als 17 Jahre. An der Brandstelle fanden sich Textilien mit dem Label von KiK.
KiK weigert sich weiterhin Brandschutzabkommen zu unterzeichnen.
Wir glauben den Lügen der Mörder nicht. Nicht nur der grauenvolle Tod durch Fabrikbrände sondern auch das tägliche Sterben unter extrem unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Textilproduktionszentren Asiens, Lateinamerikas und Afrikas macht einen Angriff auf die globale kapitalistische Textilherstellung dringend erforderlich.
„Wir wollen, daß Zustände wie bei Ali Enterprises aufhören. Das betrifft die Besitzer, die pakistanischen Behörden, die ausländischen Auftrag¬geber." (ein pakistanischer Aktivist).
Wir wollen ebenso, daß diese Zustände aufhören.
Was die Auftraggeber betrifft, gibt es für uns hier ein großes Spektrum an Interventionsmöglichkeiten und Zielen. Deutschland ist für die Textil¬größen einer der wichtigsten Märkte weltweit. Weltmarktführer Inditex/Zara H&M und KiK haben an die 1000 Läden in der BRD. Wir werden jetzt nicht das große Kampagnenwort in den Mund nehmen, eine langfristige Aktionslinie ist aber sicher möglich und wichtig!
Wir erinnern mit unserer Aktion an den Textilarbeiter Ali Amin, der im Juni 2010 während der Kämpfe um einen höheren Mindestlohn in Bangladesh von de n Bullen erschossen worden ist und an alle, die bei den Fabrik¬bränden ihr Leben verloren haben.
Kommt zahlreich zur bundesweiten Demonstration gegen Rassismus und Ausgrenzung in Mamburg am 6.4..
Solidarische Grüße an die Genoss innen, die Ende Januar 2013 in Ottensen die Scheiben von Zara, H&M, C&A usw. eingeschmissen haben als eine Antwort auf den Brand der Tazreen Fabrik.

Hamburg im April 2013

„Es ist alles still wie in einer verschneiten Winternacht. Nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas wie ein Messer, das gewetzt wird." (Heinrich Heine)

Heute morgen klirrten Scheiben und Farbflaschen am „Business Club Hamburg" im Heine Park, Elbchaussee 43, im Anschluss an die Solidemo mit den Kämpfen in Griechenland. Der „Businessclub" hat ca. 1000 Mitglieder, die sich als Netzwerk koordinieren, um ihre Geschäfte und Gewinnmargen zu optimieren. Prominente Mitglieder sind u.a. BILD Chef Diekmann und Kaffee-Boss Darboven.

Keine Ruhe den Bossen und Krisengewinner_innen!
Solidarität mit den Kämpfen in Südeuropa!
Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Hamburg, 28.4.2013

Fukushima – schon vergessen?

Es ist kaum zwei Jahre her, dass sich im Japanischen Fukushima ein Szenario abspielte, das bis dahin ins Reich unseriöser Spekulationen verbannt war. Durch eine Ursache außerhalb der Reaktoren, Erdbeben und Tsunami, kam es zu einer Kernschmelze in drei benachbarten AKW, wobei zwei Reaktorgebäude von einer Wasserstoffexplosion zerstört wurden. Schaut mensch sich die Bilder heute erneut an, beschleicht einen erneut die Fassungslosigkeit die sich vor zwei Jahren beim Anblick der qualmenden Reaktoren breit machte. Diese Fassungslosigkeit, dass Gefühl: das kann jetzt nicht wirklich ein vierfacher GAU sein, wird auch darin deutlich, dass mehr als ein Jahr lang niemand wahrhaben wollte, was doch in den ersten Stunden auf der Hand lag – die Kernschmelze in drei der vier betroffenen Reaktoren. Monatelang wurde die Floskel gebetsmühlenhaft wiederholt, es gälte jetzt „das Schlimmste" zu verhindern, obwohl „das Schlimmste" - die Kernschmelze bereits wenige Stunden nach dem Tsunami einsetzte. Die Schokkwelle kam in der Japanischen Gesellschaft mit etwa der gleichen Verzögerung an. Rund ein Jahr nach dem Unfall, gab es in Japan Demonstrationen in einer Größe, die das Land bis dahin noch nicht gesehen hatte, und die die politische Kultur des Landes nachhaltig verändern wird. Und dennoch versucht das „Atomdorf", wie die Institutionen des japanischen Atomstaates genannt werden, so weiter zu machen wie bisher. Nach dem Wahlsieg der Konservativen wird bereits wieder vom Weiterbetrieb der bis dato rund 50 abgeschalteten Reaktoren, ja sogar vom AKW-Neubau schwadroniert – allen Protesten zum Trotz. Daneben wird vor allem versucht die Folgen der Katastrophe herunter zuspielen, und die Opfer unsichtbar zu machen. So musste die japanische Regierung im November 2012 unter dem Druck der Öffentlichkeit und unabhängiger Messungen zugeben, das die 545 in der Präfektur Fukushima installierten Mess-Stationen einen um 10% zu niedrigen Wert angeben. Außerdem waren bei diesen Stationen die strahlenabfangenden Bleiakkus zur Stromversorgung der Anlage rings um den Messfühler angeordnet, und die Böden unter den Stationen vor der Instalation aufwendig gereinigt worden. Die Skandale über verstrahltes Rindfleisch in Schulkantinen oder hochbelasteten Fisch, zeigen vor allem, daß bis dato keine Lehren aus den Erfahrungen in Tschernobyl gezogen wurden, oder aber besser, dass die Herrschenden in Japan der gleichen perfiden Logik des „Weiter so" folgen wie vormals in der UDSSR. Noch schneller als in Tschernobyl scheinen die Kinder in der Region auf die Verseuchung zu reagieren. Bei der Auswertung von 4000 Datensätzen konnte im November 2012, keine zwei Jahre nach dem Mehrfachgau, bei über 30% der untersuchten Kinder Knoten und Zysten im Bereich der Schilddrüsen festgestellt werden. Immer noch leben 50-60.00 Menschen als Flüchtlinge in Behelfsunterkünften. Dabei sind die Gebiete in die sie evakuiert wurden nicht selten ebenso verseucht wie ihre Herkunftsorte. Die Liste der schier unglaublichen Zustände vor Ort ließe sich noch lange Fortsetzen, und sollte eine Erinnerung daran sein, den fortschreitenden GAU im Alltag nicht einfach aus dem Auge zu verlieren.

Doch es gibt Widerstand auf vielen Ebenen. Neben Demonstrationen sind es vor allem praktische Dinge die dabei zählen. „Die Mütter von Fukushima" versuchen unbelastete Nahrungsmittel zu organisieren, und ein Netzwerk von Ärzten und AktivistInnen versucht ein unabhängiges Gesundheitszentrum in der Region zu errichten.
(Weitere Infos dazu z.B. bei der BI-Lüchow-Dannenberg)

Auch in Deutschland geht der Atomstaat nach einem ersten Schock in die Offensive. Mit einem Endlagersuchgesetz soll nun „endlich" ein Endlager durchgesetzt werden - egal wo, und sei es in Gorleben. Die Atomfabriken in Lingen und Gronau, die fast jeden 10ten Brennstab weltweit Produzieren expandieren, und führen zu einer immer größeren Zahl von Atomtransporten z.B. durch den Hamburger Hafen. Mit deutschen Hermesbürgschaften werden neue AKWs in Brasilien gebaut und immer noch stehen 9 Zombie -Reaktoren wie untot in der Landschaft herum. Ob sie jemals vom Netz gehen, oder vorher in die Luft fliegen ist noch nicht ausgemacht.
Gegen die Atomfabriken im Westen regt sich seit einiger Zeit verstärkt Widerstand. Wie schon im vergangenen Jahr wird es auch diese Jahr ein Anti-Atom-Camp im Münsterland geben, auf das hier verwiesen sei:

"Anti-Atom-Camp im Münsterland vom 19.Juli 2013 bis 27.Juli 2013
Überall heißt es „Atomausstieg" – aber in Gronau und Lingen stehen immer noch Atomfabriken, die angereichertes Uran und Brennstäbe für Atomkraftwerke weltweit produzieren. Diese Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung und produzieren noch Müll für Generationen. Verbunden damit sind alltägliche Atomtransporte, etwa alle drei Tage fährt in Lingen und Gronau ein Atomtransport per Bahn oder LKW raus oder rein. Produziert werden auch Unmengen von Atommüll, bei denen niemand weiß, wohin damit. Im Zwischenlager Ahaus wird Atommüll angeliefert – auch hier bringt jede Woche ein LKW schwach- und mittelradioaktiven Müll hinein.
Im Münsterland gibt es also gleich drei Atomanlagen und viele Atomtransporte. Wir wollen dagegen und für einen echten Atomausstieg aktiv werden. Die Atomindustrie ist über die Anlagen, die den Brennstoff erst herstellen und die damit verbundenden Atomtransporte angreifbar.

Sorgen wir für keine ruhige Minute!"
mehr dazu unter:
http://antiatomcamp.nirgendwo.info/

Aktion!

6.2.2013 Frankreich:
In der Nacht vom 5. auf den 6. Februar 2013 wurde ein Castortransport in Frankreich in der Nähe von Lille gleich drei Male durch AtomkraftgegnerInnen angehalten. Die hoch radioaktive Fracht war auf dem Weg von Vlissingen in den Niederlanden zur französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague. Quelle: http://blog.eichhoernchen.fr/

31.1.2013 Frankreich:
Sie Stoppten den Castortransport nach Deutschland 2010 in Caen mit einer Ankettaktion. Sie wurden bei ihrer "Befreiung" aus den Gleisen von der Polizei schwerverletzt: Verbrennung des dritten Grades, notwendige Haut-Tranplantation, Sehnen durch die Flex der Polizei duchgeschnitten und oder durchgeschmolzen, etc. Erst gegen 15.000 Euro Kaution kamen sie vor ihrem Prozess in erster Instanz frei.
Jetzt stehen sie - erneut - vor Gericht - das Verfahren gegen die Polizei wurde dagegen eingestellt. Wenn die AktivistInnen nicht lebensgefährlich verletzt werden sollen, sollen sie keine Aktion durchführen, so das Tenor der Einstellungsverfügung. In erster In-

stanz 2010 wurden sieben AktivistInnen der Gruppe zu Bewährungsstrafen, sowie 30 000 Euro Geldstrafe und Schadenersatz an die französische Bahn verurteilt. Das ist in den Augen des procureur de la République (Staatsanwaltschaft) eine zu geringe Strafe. Quelle: http://blog.eichhoernchen.fr/ Normalbetrieb

11.02.2013 Florida:
Die Progress Energy Florida Inc. legt die von ihr betriebene Kernkraftwerkseinheit Crystal-River-3 sofort endgültig still. Das Werk befindet sich bereits seit 2009 für Reparaturarbeiten im kalten Abschaltzustand. Nach eingehender Evaluation der Handlungsmöglichkeiten kam die Duke Energy Ende 2012 zum Schluss, dass die Reparatur durchaus möglich wäre, jedoch mit grossen Risiken bezüglich Kosten und Dauer verbunden sei.
Quelle: Contratom

29.01.2013
Greenpeace und das Öko-Institut haben nach der Abschaltung der ersten acht Atomkraftwerke vor zwei Jahren eine Zwischenbilanz gezogen.
Im Jahr 2012 hat Frankreich weniger Strom nach Deutschland exportiert als noch vor dem Atomausstieg. Und der Stromimportsaldo mit Tschechien sei gleich geblieben. Nach Frankreich liefere Deutschland weiterhin mehr Strom als es importiere und gerade beim Spitzenstrombedarf importiere Frankreich aus Deutschland. Quelle: Contratom

28.01.2013: Bulgarien:
Das wegen zu geringer Beteiligung gescheiterte Referendum in Bulgarien über den Bau eines zweiten AKW am neuen Standort Belene hat das Aus für das Projekt eingeläutet. Das Parlament muss nun entscheiden, und es zeichnet sich dort eine Mehrheit für die Gegner ab.
Quelle: Der Standard

23.01.13: Frankreich:
Der französischen Eisenbahngewerkschaft SUD-Rail zu Folge entgleiste am Montag Nachmittag ein Atommüllzug auf Grund der Fehlsteuerung einer Weiche bei Rangierarbeiten . Er bestand aus 7 mit Uranoxid beladenen Waggons und einem Castorbehälter. Quelle: Contratom

16.01.2013: China:
Am 16. Januar 2013 wurde der erste Block von Hongyanhe, 440 km östlich von Beijing, erstmals kritisch. Bis in zwei Jahren sollen an diesem Standort vier Einheiten des Typs CPR-1000 ihren Betrieb aufnehmen. Quelle: Contratom

15.01.2013 Kanada:
Die beiden seit 1997 nicht mehr betriebenen Candu-Blöcke Pickering-2 und -3 des kanadischen Elektrizitätsunternehmens Ontario Power Generation (OPG) wurden Ende Dezember 2012 rückwirkend stillgelegt. Sie befanden sich seit Mai 2007 (Pickering-2) und Oktober 2008 (Pickering-3) im Langzeit-Ruhezustand. Quelle: Contratom

13.01.2013 Iran:
Das Iranische AKW Busher ist nach über dreißig Jahren Bauzeit ans Netz gegangen. Quelle: Contratom

Flora Termine im Mai!

Do 02.05 19 Uhr - Infoveranstaltung
„Kritische Theorie" In der Reihe „Intros" (gesellschaftskritische Einführungsveranstaltungen), Staffel

Fr 03.05. 21 Uhr - Konzert
COUGH (Doom/Sludge aus Richmond, US), GRIME (Sludge aus Triest, IT), DANAVA (70's Hardrock aus Portland, US), LECHEROUS GAZE (Ex-Annihilation Time, 70's Hardrock aus Oakland, US)

Sa 04.05. 21.30 Uhr - Party
THE WHOLE FUCKING BAKERY GOES DISCO
Solitechnosause für "die ganze bäckerey", libertäres Kneipenkollektiv in Flensburg, 2 Floors+ abhängen

So 05.05. 17 Uhr - Konzert
Iron Chick (Punk, Long Island), Ghost Mice

Di 07.05. 21 Uhr - Konzert
epic problem presents: Solemn League (Post-Punk/Emo), Slugs & Snails (Indie/Post Punk)

Mi 08.05. 21 Uhr - Konzert
epic problem presents: Svartit + 1 weitere Band

Sa 11.05. 24 Uhr - bass for feminism
eine alternative zum Hafengeburtstag: Soliparty für den Kongress "Smash it all" (am 12./13./14ten Juli 2013) mit drei Tagen Diskussionen, Workshops und Vorträgen.

Mo 13.05. 20 Uhr -Konzert
Night Owl Nights presents: The Arteries (Punkrock, England) The slow death

Do 16.05. 23 Uhr - Party
Techno SubspAce, Mit Ira & I, Felix Lorusso und Arthur Andersen

Fr 17.05. 23 Uhr - Prozesskostensoliparty
Glitzer & Riot Vol.2: 1st Floor DRUM & BASS RIOT, 2nd Floor TECHNO & TRASH GLITZER

Sa 18.05. 23 Uhr - Soliparty
Abschlussparty der 3. Staffel der „Intros"

Di 21.05. 21 Uhr - Konzert
Violent Banana Shows presents: Trigger Effect (Punkrock) tba

Fr 24.05. 23 Uhr - Soliparty
Soli-Rave für Freiflächenkultur Hamburg

Sa 25.05. 21 Uhr - Konzert
epic problem presents: Balboa Burnout

Mo 27.05. 20 Uhr - Konzert
Night Owl Nights presents: Attack! Vipers! (HC aus England) +support

Di 28.05. 20.30 Uhr -Konzert
Back To The Point proudly presents: The Cold Harbour (Melodic Hardcore, Swindon/UK), Deceits (Melodic Hardcore, Herne/GER)

Fr 31.05. 21 Uhr - Konzert
epic problem presents: Terror Bird (80s Pop), Unhappybirthday (lo-fi), Matress (Electronic)

Regelmässige Termine in der Flora

Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr, Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum

Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr

Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr